Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 88 — Mittwoch den 28. April 1920 — 46. Jahrg.

Abschied von der Nationalversammlung.

In diesen Tagen wird die Nationalversammlung ihre letzte Sitzung abhalten. Wenn auch damit noch nicht die Auflösung eintritt, sondern dem Buchstaben nach die Nationalversammlung zur Ausübung ihres Amtes bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages berechtigt bleibt, so bedeutet doch diese letzte Sitzung den großen Abschied und damit den Abschluß einer geschichtlich ungemein wichtigen Periode.

Nicht einmal das Schillersche Wort: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild" wird man zu Recht auf dieses Parlament anwenden können. Unzufriedenheit fast auf allen Seiten, und doch, wie es uns scheinen will, völlig zu Unrecht. Es ist ungemein leicht, einem Parlament den Vorwurf der Schwatzhaftigkeit zu machen, obwohl gerade von der Opposition, aus deren Lager ja dieser Vorwurf meistens ertönt, die längsten Reden gehalten worden sind, oft nur, es sei nur an das Betriebsrätegesetz erinnert, um Obstruktion zu üben. Wer wirklich ernsthaft sich mit der Geschichte der Nationalversammlung beschäftigt, wer einmal nachprüft, was das Parlament in der verhältnismäßig kurzen Zeit vom Februar 1919 bis zum April 1920 an Gesetzen verabschiedet hat, der wird bekennen müssen, daß eine ungeheure Arbeitslast bewältigt worden ist.

Zwei gewaltige Aufgaben waren in erster Linie zu lösen, so gewaltig, daß damals manch einer von den braven Kritikern, die heute das Parlament bespötteln, Zweifel daran hegte, ob es überhaupt gelingen würde, diese Aufgaben zu lösen. Es galt einen Frieden und es galt eine Verfassung herzustellen. Wenn der Friede, der schließlich zustande kam, kein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit geworden ist, wenn er nicht dazu angetan ist, eine Völkerversöhnung herbeizuführen, so ist das nicht die Schuld der Nationalversammlung. Zu groß war die Übermacht des Gegners, zu stark das Rachegefühl und der Haß, zu groß auch in dem entnervten Deutschland selbst die politische Unvernunft, die die Bildung einer einheitlichen Abwehrfront verhinderte.

Um so mehr muß anerkannt werden, was die Nationalversammlung für den Wiederaufbau Deutschlands trotz der ungeheuren Erschwerungen, die in dem Friedenswerk von Versailles liegen, geleistet hat. Nur gewissenlose Hetze kann leugnen, daß auf dem Trümmerfeld, das das zusammengebrochene Deutschland darstellt, die Anfänge von Ordnung und Aufbau geschaffen sind. Wenn nicht noch mehr geschah, so ist das darauf zurückzuführen, daß gerade von den Kreisen, die heute immer wieder das Geleistete nicht anerkennen wollen, wiederholt Versuche gemacht worden sind, die Gewalt im Staate an sich zu reißen und die so Deutschland in der Entwickelung immer wieder zurückwarfen. Die Grundmauern für den Neubau Deutschlands sind errichtet. In aufopfernder Arbeit wurde die Verfassung von Weimar aufgerichtet. Es war nötig, und wie Meinecke sagt: „Der Lebenswille einer nicht sterben wollenden Nation" verlangte es, neue feste Formen des nationalen Staates zu schaffen. Die deutsche Geschichte bleibt, was sie gewesen ist, eine Geschichte der Fürsten und Völker — das Gewesene behält seine Ehre, aber der Strich ist nun einmal endgültig gemacht. Nur die eine Staatsform war möglich, die allen Schichten des Volkes politische Freiheit und politische Mitarbeit am Ganzen sichert: die demokratische Republik. So ist Deutschland ein Volksstaat geworden, nicht mehr ist die Verfassung wie einst von den Fürsten dem Volke geschenkt, sondern, wie das große Werk von Weimar beginnt: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, ... hat sich diese Verfassung gegeben."

So ist denn mit dem Werk von Weimar die Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands geschaffen. Oft genug galt es, Anstürmen zu trotzen. Man muß sich zurückversetzen in jene Tage, da nach den Berliner Straßenkämpfen die Wahlen stattfanden, man muß sich erinnern, wie Weimar eine Insel im Streikmeer war, und man wird erkennen, wie eng die Geschichte der Nationalversammlung mit Streiks und Aufruhr verknüpft ist. Mußte man sich am 13. Januar gegen einen Gewaltakt von links wenden, so mußte im März die Nationalversammlung bei dem Staatsstreich der Kapp und Genossen ihr Heim verlassen und nach Stuttgart übersiedeln.

Neben der großen Arbeit der Verfassung legt die Fülle der verabschiedeten Gesetze Zeugnis ab für die Arbeitskraft der Nationalversammlung. Vor allem ist es gelungen, die Finanzgebarung wieder in geordnete Wege zu leiten. Gerade die letzten Tage, die den Abschluß eines deutsch-holländischen und eines deutsch-amerikanischen Lebensmittel- und Rohstoff-Kreditabkommens brachten, haben gezeigt, daß das Deutsche Reich wieder kreditwürdig und kreditfähig geworden ist. Vielleicht kommt es im ganzen weniger auf das Paragraphenwerk für den Neubau des Reiches an, als darauf, jenen Glauben zu erwecken, daß das Aufarbeiten einen Zweck und Sinn hat. Liegt auch heute gewiß kein Anlaß vor, die Dinge allzu rosig zu sehen, so sind doch die Zeiten des schwärzesten Pessimismus überwunden.

Niemand wird leugnen, daß die Nationalversammlung nicht die Erfüllung aller Wünsche gebracht hätte. Auch in den Mehrheitsparteien ist man nicht restlos befriedigt und ist nicht gewillt, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Eine Koalitionsregierung ist nun mal eine Politik des Opfers, und so hat denn jede der Parteien Opfer bringen müssen, jede hat die Pflicht zurückstecken müssen, um das Zustandekommen der Gesetze auf einer mittleren Linie zu ermöglichen. Die Hoffnungen, die die Nationalversammlung nicht erfüllt hat, übertragen wir auf den neuen Reichstag, von dem wir hoffen, daß er hält, was die Nationalversammlung versprochen hat, von dem wir erwarten, daß er bringt: die Bewahrung vor dem Bürgerkrieg, die Überwindung des Klassenkampfes, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft und damit der nationalen Kraft, die Erhaltung und Festigung der Reichseinheit, die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt! Die Nationalversammlung ist tot, es lebe der Reichstag.

Die Antwort der Alliertenkonferenz in San Remo: Volle Ausführung des Friedensvertrages!

Paris, 27. April. (WTB.) Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von dem Briefe des Herrn Göppert vom 20. April Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswehrministeriums enthält, ein Heer von 200000 Mann statt der im Vertrage von Versailles vorgesehenen 100000 Mann zu unterhalten. Ein Ersuchen, das mit der Notwendigkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten, begründet wird. Die Alliierten halten darauf, sofort zu erklären, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden kann; solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt und zur Entwaffnung schreitet, von der der Wohlfriede abhängt. Deutschland hat seine Verpflichtungen nicht erfüllt, weder hinsichtlich der Zerstörung des Kriegsmaterials noch hinsichtlich der Herabsetzung der effektiven Bestände, noch hinsichtlich der Kohlenlieferungen, noch hinsichtlich der Wiedergutmachung und der Kosten für das Besatzungsheer. Es hat weder Genugtuung gegeben noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt auf Mitglieder der alliierten Missionen verübt worden sind. Es hat auch noch nicht, wie es in dem Protokoll des Friedensvertrages vorgesehen ist, Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachung zu erfüllen, und um Vorschläge zu machen, damit der von Deutschland zu zahlende Gesamtbetrag festgesetzt werden kann, trotz dem dringenden Charakter, den die Regelung dieser Artikel im Interesse aller in Frage kommenden Parteien hat. Deutschland scheint noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen kann, wenn sie verfallen.

Die Alliierten leugnen die Schwierigkeiten, denen die deutsche Regierung gegenübersteht, nicht, und suchen ihr nicht eine allzuängstliche Interpretation des Friedensvertrages aufzuzwingen, aber sie sind einig in der Überzeugung, daß sie eine wesentliche Übertretung des Friedensvertrages von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bilden muß und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, selbst wenn es notwendig sei, auch zur Besetzung eines neuen Teiles deutschen Gebietes zu schreiten, um die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.

Die Alliierten glauben, daß die durch die Verletzung des Friedensvertrags aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen auf leichtere Art durch einen Meinungsaustausch zwischen den Regierungschefs sichergestellt werden können, als durch Noten. Die Alliierten haben deshalb beschlossen, die Chefs der deutschen Regierung zu einer direkten Besprechung mit den Chefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die beabsichtigte Zusammenkunft die deutsche Regierung ihre Vorschläge über alle angeführten Gegenstände unterbreitet. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Lösung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Aber Deutschland muß begreifen, daß die Einigkeit aller Alliierten in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages ebenso innig ist, wie sie während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der legalen Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht.

Die Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe.

London, 27. April. (Reuter.) Die beiden modernen deutschen Schlachtschiffe „Oldenburg" und „Posen" sind als Ersatz für die in Scapa Flow versenkten Schiffe ausgeliefert worden. Sie sind am Sonnabend im Firth of Forth eingetroffen.

Einladung Deutschlands zum 25. Mai nach Spaa.

Paris, 27. April. Nach einer Meldung des „Temps-Korrespondenten" aus San Remo wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichskanzler oder einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spaa zu entsenden. Diese Zusammenkunft soll am 25. Mai stattfinden.

Der 1. Mai gesetzlicher Feiertag in Baden.

Karlsruhe, 27. April. (WTB.) Amtlich wird darauf hingewiesen, daß durch Verordnung des Staatsministeriums, der 1. Mai in Baden dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen worden ist. Es bleiben somit auch am 1. Mai die Diensträume sämtlicher Behörden und die Schulen geschlossen.

Bankbeamtenstreik in Köln und Coblenz.

Köln, 27. April. (WTB.) Der Streik der Bankbeamten, an dem 6 Prz. aller Bankbeamten sich beteiligen, nimmt an Stärke zu. Die Streikenden veröffentlichen in Anschlägen die Summen, die Bankdirektoren und Aufsichtsräte an Tantiemen beziehen, und fordern die Ausständigen zur unbedingten Durchführung des Streiks auf. Arbeitswillige der Dresdener Bank wurden mit Tätlichkeiten bedroht. —

In Coblenz haben die Angestellten der Bank für Handel und Industrie, der Diskonto-Gesellschaft und der Gewerbebank die Arbeit niedergelegt.

Beendigung des elsaß-lothringischen Streiks.

Saarbrücken, 27. April. (WTB.) Nachdem die in Paris unter dem Vorsitz des Arbeitsministers stattgefundenen Besprechungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern eine Grundlage für eine Verständigung gefunden hat, ist der Streik in Elsaß-Lothringen für beendigt erklärt worden. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Ende des österreichischen Angestelltenstreiks.

Wien, 27. April. (WTB.) Der Streik der industriellen Angestellten ist gestern beigelegt worden. Es wird für morgen, Mittwoch, mit der Wiederaufnahme der Arbeit gerechnet. Die Einigung erfolgte auf der Basis einer Erhöhung der Bezüge um 30—50 Prozent.

Die Neuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 27. April. (WTB.) Unter starker Beteiligung und außerordentlichem Spannung hatten gestern die dänischen Wahlen stattgefunden. Das vorläufige Ergebnis ist für heute zu erwarten, während das endgültige Ergebnis erst am 14. Mai bekannt gegeben wird.

Verhandlungen des Obersten Rates mit Rußland.

Zürich, 27. April. (WTB.) Die „Neue Züricher Ztg." meldet aus San Remo: In Hinsicht auf den Beschluß, die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen, entschloß sich der Oberste Rat mit der in Kopenhagen von Grassin präsidierten Sowjetkommission, ausgenommen einige Mitglieder, darunter Litwinoff, in offizielle Verhandlungen einzutreten.

Deutschland und die Entente.

Die Verteilung der oberschlesischen Kohle.

Kattowitz, 26. April. Wie der „Telegraphen-Union" gemeldet wird, teilte General Lerond in einer Besprechung, die er mit einer führenden Persönlichkeit der oberschlesischen Industrie hatte, über die Frage der Verteilung der oberschlesischen Kohlen mit, daß die Nachricht, die vor einigen Tagen über diese Angelegenheit verbreitet wurde, nicht den Tatsachen entspricht. Die Verteilung der Kohlen erfolgt auch weiterhin wie bisher durch die dazu eingerichtete Kommission in Paris. An dieser Einteilung wird auch die interalliierte Kommission in Oppeln nichts ändern. Sie ist lediglich die ausführende Stelle, während die Verteilung selbst von Paris aus geregelt wird. Der General hat jedoch durch Verhandlungen mit der Kommission in Paris erreicht, daß Oberschlesien bevorzugt beliefert wird und bei den Lieferungen an erster Stelle rangieren soll. Für die anderen Länder ist keine bestimmte Reihenfolge vorgesehen. Die Zuweisung an Kohlen richtet sich nach dem jeweiligen Bedarf.

Eine großpolnische Verschwörung aufgedeckt.

Aus Breslau wird berichtet: Der polnische Gesandte in Wien hat vor einigen Tagen dem Wiener Vertreter des „Berliner Tageblatts" folgende Erklärung abgegeben: „Wir haben niemals an einen bewaffneten Einmarsch in Oberschlesien gedacht, und ich bitte Sie, es als eine offizielle Erklärung der polnischen Regierung aufzufassen, daß sie auch heute nicht daran denkt." Die „Schlesische Volkszeitung" in Breslau ist nun heute in der Lage, zwei politische Geheimbefehle in Faksimili zu veröffentlichen, die blitzartig die wahre Situation enthüllen und den polnischen Gesandten Lügen strafen. Die Geheimbefehle lauten im Auszug:

Komitee zum Schutze Schlesiens. Organisationsabteilung Nr. 408/20.
Am Orte, den 16. 4. 1920.
(Übersetzung.)

Streng vertraulich!

Der Sieg in Oberschlesien ist uns sicher! Tollwütig sehen das die Preußen, die Anhänger des Grundsatzes „Gewalt vor Recht", und sie versuchen mit allen Mitteln, Schlesien auch weiter in der deutschen Knechtschaft zu erhalten. Es soll ein deutscher Bezirk gegen die Polen und gegen das polnische Volk proklamiert werden. Unsere Organisation hat die Pflicht, in diesen Tagen auf der Wacht zu sein, zum Besten unseres Vaterlandes, unseres Volkes und zur Erhaltung von Ordnung, Glück und Gesundheit unserer Frauen und Kinder. Aus diesem Anlaß befehlen wir folgendes:

1. Die sofortige Mobilisation unserer gesamten militärischen Organisation, damit sie jederzeit bereit ist, nach vorheriger Vereinigung mit den Koalitionssoldaten gegen die deutsche Verschwörung zu kämpfen.
2. Falls die vorhandenen Waffenlager für alle Mitglieder unserer Organisation nicht ausreichen sollten, hat sich der betreffende Kreiskommandant sofort an die Kommission der alliierten Mächte bzw. an das Platzkommando des betreffenden Orts zu wenden, woselbst er die nötige Anzahl von Waffen und Munition ausgehändigt erhält.
3. Die Arbeiter der Gewerkschaftsverbände und Parteien sind für unsere Zwecke dahin zu bearbeiten, daß sie ihre Mitglieder beeinflussen, an dem deutschen Generalstreik nicht teilzunehmen.
4. Falls die deutschen Unruhen einsetzen, ist es Pflicht unserer Organisation, die uns bekanntgewordenen Büros der deutschen Geheimorganisation sofort zu besetzen und sämtliches darinnen sich vorhandenes Material der alliierten Kommission zu übergeben.
5. Im übrigen sind die Einzelheiten in dem Befehl vom 12. d. M. strengstens zu befolgen. Unsere Sache gelingt ganz bestimmt, da der Vizeminister des polnischen Reichs, Dabrowski, der die Abstimmungsangelegenheiten in Oberschlesien übernommen hat, mit der Kommission der alliierten Mächte die Vereinbarung getroffen hat, daß sie uns zu jeder Zeit im Kampfe gegen die deutsche Verschwörung mit Koalitionssoldaten helfen wird.

Für den Generalstab der P. O. W.
(gez.): Kostanecki.
An das Hauptkommando in Beuthen O.-S.,
Hotel Lomnitz.

Befehl!

1. Die jetzigen gespannten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Oberschlesien müssen wir auf alle Fälle für unsere Ziele ausnützen, um Oberschlesien mit Gewalt mit unserem Staate zu vereinigen. Die jetzige Oberbefehlsstelle muß natürlich eine Verschwörung schaffen und spitzfindig arbeiten. Zu diesem Zwecke müssen die bereitigen deutschen Unruhen in jedem Falle unterstützt werden, damit in der Öffentlichkeit kein Verdacht eines polnischen Aufstandes auf uns fällt. Die Gewerkschaftsverbände müssen glauben machen, daß sie auf dem Standpunkt der Deutschen stünden. Daher müssen sie deren Ziele zum Schein unterstützen, sich zu geeigneter Zeit aber von ihnen abwenden und für unsere Ziele arbeiten.

2. Es ist notwendig, daß sich die Oberbefehlsstelle an die alliierte Kommission wendet, für die jetzigen Verhältnisse in Oberschlesien unterbreitet, sie von der Existenz geheimer deutscher Organisationen überzeugt. Bei dieser Gelegenheit muß die Oberbefehlsstelle erklären, daß die Polen weder Waffen noch Munition haben, daß aber alle polnischen Sportvereine sich mit den alliierten Truppen vereinigen werden, wenn ihnen Waffen und Munition zur Verteidigung Oberschlesiens geliefert werden. Dadurch verhüteten wir die Existenz unserer geheimen Waffen- und Munitionslager, und die Deutschen werden keine Beweise dafür haben, daß der Aufstand von unserer Seite organisiert worden ist.

3. Zur Ausführung dieser Ziele befehlen wir nachstehende Einzelheiten: Die sofortige Mobilisation von acht oberschlesischen Kreisen unserer Militärorganisation, nämlich Beuthen, Königshütte, Gleiwitz, Zabrze, Myslowitz, Oppeln und Kreuzburg. Vor Beginn der Unruhen benachrichtigt die jetzige Oberbefehlsstelle sofort das Kommando des polnischen Heeres jenseits der Grenze und erhält von demselben militärische Unterstützung. Die Pläne zur Besetzung der öffentlichen Gebäude, wie Postämter, Rathäuser usw. arbeitet das dortige Oberkommando nach den örtlichen Verhältnissen für jeden Kreis besonders aus. Pflicht ist es, für den Angriff und die Entwaffnung der Sicherheitswehr und Marinebrigade einen eingehenden und genauen Plan auszuarbeiten. Zur Durchführung unseres Umsturzes treffen dieser Tage Offiziere des polnischen Heeres und Organisatoren des Generalstabes der P. O. W. aus Warschau ein. Die Komandanten unserer Organisationen kleiden sich bei der Mobilisation in Uniformen französischer Offiziere, damit in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, daß das oberschlesische Volk sich freiwillig zur Verteidigung seines Landes in die Reihen der Alliierten gestellt habe und mit den Deutschen nichts zu tun haben will. Sämtliche telegraphischen und telephonischen Hauptverbindungen mit Deutschland müssen zu gegebener Zeit sofort abgeschnitten werden. Vom heutigen Tage an gibt die Oberbefehlsstelle täglich ein Losungswort aus. Weitere Befehle geben wir nach der täglichen Lage heraus.

Im Einverständnis mit dem Generalstab der P. O. W., in Vertretung (gez.) Kostanecki. Siegel. Streng vertraulich. Zum persönlichen Gebrauch des Platzkommandanten in Beuthen, Hotel Lomnitz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200428-18/fragment/page=0001

Die letzten Besprechungen in San Remo.

Nach Meldungen aus San Remo (26. April) hat die Konferenz nunmehr endgültig beschlossen, England die Mandatar über Palästina zu geben, wo es eine Heimstätte für die Juden einrichten wird. Dies wird völlig nach den damals von Balfour entwickelten Plänen geschehen. Die Begrenzung Palästinas wird zwischen Frankreich und England geregelt werden. Angeblich ist eine völlige Einigung zwischen England, Frankreich und Italien bezüglich der Ausführung des Abkommens in den finanziellen und territorialen Fragen sowie über die künftige Haltung Deutschland gegenüber erzielt worden. Die Einzelheiten, die zu der Vereinbarung führten, sind auf einer Konferenz zwischen Balfour, Berthelot, Scialoja und den Generalen festgestellt worden. In dieser Beratung wurde gleichfalls der Vorentwurf der Ententeantwort auf Deutschlands Antrag, ein Heer von 200 000 Mann beibehalten zu dürfen, festgesetzt.

Am Montag wird die Konferenz in San Remo die Adriafrage behandeln. Dies wird auf der Basis der Wilson-Note vom 9. Dezember geschehen. Die Konferenz hat weiter beschlossen, Wilson entscheiden zu lassen, ob die Provinz Erzerum an Armenien gegeben werden soll oder nicht.

Aus San Remo wird weiter gemeldet:

Die Verhandlungen über die der Türkei

aufzuerlegenden Bedingungen sind nunmehr soweit gediehen, daß eine Einigung bezüglich der militärischen Bedingungen zustande gekommen ist. Es wurde der Türkei eine Heeresstärke von 25 000 Mann auf Antrag Lloyd Georges bewilligt. Französischerseits wurde von Marschall Foch der Vorschlag gemacht, der Türkei lediglich eine Polizeitruppe zuzugestehen, die von alliierten Offizieren befehligt werden sollte, während Italien der Türkei sogar eine Armee von 50 000 Mann zubilligen wollte. Man hat sich schließlich auf die oben erwähnten 25 000 Mann geeinigt. Das Ergebnis wurde der türkischen Delegation übermittelt. Daraufhin soll der türkische Delegierte erklärt haben, daß seine Regierung ihn beauftragt habe, den Friedensvertrag in seiner jetzigen Form nicht zu unterzeichnen.

Die beschlossene Erklärung der Konferenz.

Paris, 27. April. In der im Anschluß an die Konferenz von San Remo veröffentlichten Erklärung wird betont, daß die deutsche Forderung nach Unterhaltung eines Heeres von 200 000 Mann nicht berücksichtigt werden könne, so lange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfülle. Die Alliierten erklären, die Schwierigkeiten der deutschen Regierung nicht zu verkennen und ihr keine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrages aufzuzwingen, ihre Einigkeit bleibe aber ihre vorstehende Übertretungen des Versailler Vertrages nicht zu dulden. Die Alliierten seien entschlossen, wenn notwendig, zur Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, versichern dabei aber ausdrücklich, daß sie nicht die Absicht hätten, irgend einen Teil des deutschen Gebiets zu annektieren.

In der Annahme, daß die zur Sicherung der Ausführungen des Friedensvertrages notwendigen Maßnahmen leichter durch einen mündlichen Meinungsaustausch erledigt werden können, hätten die alliierten Regierungen die Teilnahme der deutschen Regierungschefs an einer direkten Konferenz beschlossen, der alle präzisen Erklärungen und Vorschläge unterbreitet werden möchten. Nach befriedigender Regelung dieser Fragen würden die alliierten Regierungen bereit sein, mit den deutschen Vertretern alle übrigen Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen.

Die Erklärung endgültig gebilligt.

Paris, 27. April. Nach einer Havas-Meldung aus San Remo hat der Oberste Rat in seiner gestrigen Vormittagssitzung endgültig die gemeinsame Erklärung gebilligt. Nitti habe sich gegen militärische Maßnahmen ausgesprochen. Lloyd George und Millerand hätten ihm die Notwendigkeit dieser Eventualität bewiesen, der japanische Botschafter Matoui und Hymans, im Namen Belgiens, hätten sich dem französisch-englischen Standpunkt angeschlossen, der schließlich gesiegt habe.

Der „Vorwärts" über die Konferenzbeschlüsse in San Remo.

Berlin, 27. April. Der „Vorwärts" bezeichnet die Nachricht über die Einladung mit Genugtuung, wenn auch ohne jede überschwängliche Freude. Zu bestimmten Hoffnungen über das Ergebnis dieser Zusammenkunft lage gewiß noch kein Anlaß vor, aber die Tatsache allein, daß es endlich zu einer persönlichen Aussprache kommen werde, bedeute eine Etappe auf dem Wege zur Wiederherstellung eines wirklichen Friedenszustandes in Europa.

Keine deutschen Arbeiter für den Wiederaufbau.

Berlin, 27. April. In der ersten Sitzung des deutschen Beirats für Wiedergutmachungsfragen erklärte Geheimrat Dr. Rupel, Frankreich sei bisher nicht wieder auf das deutsche Ansuchen zur unmittelbaren Beteiligung Deutschlands an dem Wiederaufbau des zerstörten Gebiets durch Stellung von Arbeitern zurückgekommen, so daß eine solche Beteiligung von Deutschland vorerst nicht in Frage kommen dürfte.

Die Lage im Reiche.

Das Loch im Westen geschlossen.

Nach unendlich langen Bemühungen ist es nun, wie amtlich mitgeteilt wird, endlich gelungen, das Loch im Westen zu verstopfen. Die Westgrenze ist wieder vollkommen in der Hand der Reichsregierung. Deutschland kann die Ausfuhr der im Inland benötigten Bedarfsartikel, wie die Einfuhr überflüssiger Luxuswaren verhindern und durch die mit der Ausfuhrgenehmigung verbundene Preisprüfung der Verschleuderung deutscher Produkte entgegen arbeiten. Die Bemühungen der deutschen Regierung um die Verstopfung dieses Loches, durch das unausgesetzt zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft Waren im Betrage von vielen Millionen entströmen, reichen bis auf das Jahr 1919 zurück. Sie waren erfolglos, so lange der Friede nicht ratifiziert war, und wurden nach Inkrafttreten des Friedens mit neuem aufgenommen. Aber noch im Februar dieses Jahres mußte das Auswärtige Amt bekennen, daß die Schließung noch immer nicht gelungen war. In der betreffenden Antwort heißt es: „Der passive Widerstand der Entente gegen die Schließung des Loches im Westen schädigt uns infolge des ständigen weiteren Ausströmens der Mark und infolge der Unmöglichkeit, eine geregelte Ein- und Ausfuhrpolitik zu treiben, auf das Schwerste und bildet einen der wesentlichsten Gründe für die Zerrüttung unserer Valuta." Es wurde darauf hingewiesen, daß neue Verhandlungen im Gange seien und die Nachricht über den Erfolg dieser Bemühungen traf gerade am 13. März, am Tage des Kapp-Putsches in Berlin ein. Die sich infolge dieses Putsches entwickelnden Streiks ließen die Zustimmung der Entente zunächst noch nicht in Wirksamkeit treten. Nunmehr sind auch diese Hindernisse überwunden und es ist möglich, den Warenstrom, der bisher uferlos die Grenze überflutete, in ein geregeltes Bett zu lenken. Diese Tatsache dürfte ebenfalls zur Besserung der deutschen Valuta beigetragen haben, denn abgesehen von der Aussicht auf ein geordnetere deutsches Wirtschaftsleben bedingt die Schließung des Loches auch ein Zurückgehen der Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, da nunmehr die Einfuhrmöglichkeit für fremde Waren in wesentlich vermindertem Maße steht. Somit bedeutet die Sperrung der Reichsgrenze einen Erfolg von großer wirtschaftlicher Tragweite und muß von allen Deutschen, nur die Schieber bilden eine Ausnahme, denen ihnen ist dadurch das Geschäft wesentlich erschwert, freudig begrüßt werden.

*

Unsere Abrüstung.

Das Reichswehrministerium veröffentlicht eine Denkschrift über die Abrüstungsverpflichtungen. Danach sind in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 5. Januar 1920 folgende Mengen Geschützmaterial verschrottet worden: 4100 Geschütze, 13 400 Geschützrohre, 7800 Lafetten, 3 Millionen Artilleriegeschosse, 25 Millionen Zünder, über 16 000 Kilogramm Pulver und Sprengstoffe, 10 Millionen ungeladene Artilleriegeschosse und Munition, 3½ Millionen Kartuschhülsen, 3200 Minen- und Granatwerfer, über 1 Million Handwaffen, 21 000 Maschinengewehre, 87 Millionen Patronen, 8 Millionen Handgranaten, über 1 Million Stahl- und Lanzen. Die Zahlen seit dem 5. Januar werden später veröffentlicht werden. Mit der Schleifung der in Frage kommenden Festungsbauten ist rechtzeitig begonnen worden. Die Beendigung der Arbeiten ist mit Sicherheit zu erwarten. Die deutsche Heeresstärke darf nach dem Zugeständnis der Verbandsmächte vom 10. April bis 10. Juli 1920 200 000 Mann betragen. Die Unruhen im März d. J. machten die Erfüllung dieser Bedingung sehr schwierig, weil zahlreiche Truppenteile zur Unterdrückung von Unruhen eingesetzt werden mußten. Hierdurch wurde die planmäßige Verminderung der Armee gestört. Trotzdem beträgt die augenblickliche Stärke nicht über 200 000 Mann.

Zur Räumung des Ruhrgebietes.

Berlin, 26. April. Nach Auffassung der Berliner Überwachungskommission ist durch die deutsche Note über die Räumung der neutralen Zone des Ruhrreviers die Erfüllung der Forderungen der Alliierten noch nicht bewiesen. In dem jetzt erreichten Stand der deutschen Besetzung des Ruhrgebietes seien die bewaffneten Einwohnerwehren und die bewaffneten Sicherheitswehren von Deutschland nicht mitgerechnet worden. Die neutrale Zone sei demnach noch nicht als von Deutschland geräumt anzusehen.

Die Durchführung der Entwaffnung im Industriegebiet.

Zur Durchführung der Entwaffnung im Industriegebiet sind, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, württembergische Reichswehrverbände nach dort abgegangen und in Iserlohn und Umgebung eingerückt. Im Auftrag wurden die Orte Neheim, Hüsten und Bruchhausen von Württembergern besetzt. Bayerische und preußische Truppen sind mit der Entwaffnung der Bevölkerung in Hamm, Bielefeld, Dortmund und Umgebung beauftragt.

Ein Spartakistenputsch in Elberfeld.

Elberfeld, 27. April. Bewaffnete Banden tauchten gestern plötzlich wieder in Elberfeld auf und suchten die Gewalt an sich zu reißen. Die weit ihnen ihr Plan gelungen ist, kann zur Stunde noch nicht festgestellt werden. Der Bahnhof ist von den Spartakisten besetzt, während das Postamt am Spätnachmittag sich noch nicht in ihren Händen befand.

Zusammentritt des Beirates für die Wiedergutmachung.

Wie der Berliner Korrespondent der „Franks. Ztg." hört, wird am Montag zum ersten Male der Beirat für die Wiedergutmachungsfragen im Ministerium für Wiedergutmachung zusammentreten. Dieser Ausschuß ist, wie früher bereits mitgeteilt, im Einverständnis mit der Zentralarbeitsgemeinschaft gebildet worden und setzt sich paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammen.

Die Marinebrigade Ehrhardt.

Nach Meldungen aus dem Munsterlager hat die Marinebrigade Ehrhardt in der Sitzung ihrer Vertrauensleute am Sonnabend beantragt, die geforderte Entwaffnung der Brigade von der vorherigen Aufhebung des Haftbefehls gegen ihren Kommandeur abhängig zu machen. Die Brigade hat inzwischen die Zugänge zum Munsterlager unter die Kontrolle genommen.

Rücktritt des Generals v. Watter.

Berlin, 27. April. Generalleutnant v. Watter, Befehlshaber des Wehrkreises 6 in Münster, ist auf seinen Antrag von seiner Dienststellung enthoben worden.

Zu der Nachricht meint der „Vorwärts", dies werde in der Arbeiterschaft mit Befriedigung begrüßt werden können. Gottlob, endlich.

Die Lage im Ruhrrevier.

Das „Berliner Tageblatt" sieht als Regelung einer Festigung der Verhältnisse im Ruhrgebiet die Schaffung eines ständigen, aus mehreren Mitgliedern bestehenden Reichskommissariats an, das eine Art Sonderregierung für das Bergwerksgebiet darstellen könnte.

*

Kommunistische Pläne zur Eroberung Mitteldeutschlands.

Aus Berlin wird berichtet: Die „Deutsche Zeitung" veröffentlicht eine längere Darstellung über geheimes Material, das ihr angeblich in die Hand gefallen ist, worin die Kommunisten einen neuen Aufstand, der die Eroberung Mitteldeutschlands und Thüringens bezweckt, propagieren. Die Pläne verraten eine außerordentlich gründliche Vorarbeit und zeigen, wie folgerichtig der Generalstreik von den Kommunisten und ihren unabhängigen Helfern ausgenutzt worden ist, um das platte Land und die Bürgerschaft zu entwaffnen. Der Aufstand soll sich nach den Angaben des Blattes gleichzeitig über folgende Städte erstrecken: Wittenberg, Bernburg, Zangerhütte, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, Kassel, Nordhausen, Gotha, Erfurt, Jena, Gera, Altenburg, Zeitz, Naumburg-Merseburg, Leipzig, Eilenburg, Torgau, Delitzsch, Halle, Eisleben, Sangerhausen, Köthen, Dessau, Zerbst, Bernburg, Halberstadt, Goslar, Osterode. Groß-Berlin bleibt zunächst von dem Aufstand unberührt. Es sollen lediglich Sprengungen wichtiger Eisenbahnbrücken erfolgen, um einen Transport von Reichswehrtruppen aus Pommern und Ostpreußen nach dem Aufstandsgebiet zu verhindern.

Die Unabhängigen wollen direkt die Sache nicht mitmachen, sondern sich nur „privatim" daran beteiligen. Ein Teil der Unabhängigen unter Führung von Eichhorn, Geyer, Brass und anderen soll sich alsdann auch zur Mitwirkung an der Aktion bereit erklärt haben. Die Kommunisten behaupten, über ein Heer von 40 000 Mann zu verfügen.

Von amtlicher Stelle werden die Enthüllungen der „Deutschen Zeitung" für maßlos übertrieben erklärt. Gleichzeitig muß aber zugegeben werden, daß ihr wörtlich einem Geheimbericht entnommen, der bereits seit Wochen dem Staatskommissar für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung vorliegt, der freilich hinzufügt, es seien alle Vorbereitungen getroffen, um die Bewegung zu unterbinden.

Weiter wird hierzu aus Halle folgende Meldung verbreitet:

Eine Sprengung der Leunawerke geplant!

Die Gerüchte über einen neuen Putsch beunruhigen alle Kreise der Stadt Halle. Es wird erklärt, die bewaffneten Arbeiter würden Mittwoch den 28. April oder spätestens am 1. Mai gegen die Garnison, die Regierung und die Beamten zu Felde ziehen. Nach dem letzten Generalstreik seien in Halle und den umliegenden Städten fast gar keine Waffen abgegeben worden. Das Militär soll bedeutend verstärkt worden sein. Man hört vielfach von der Drohung, daß die Leunawerke, die berühmten chemischen Werke bei Merseburg, in die Luft gesprengt werden sollen. Bei einer Besprechung zwischen dem Obersten Feldmann in Merseburg und Vertretern der Stadt und des Kreises Merseburg hat Arbeitersekretär Daniel, der Vorsitzende des Betriebsrates des Ammoniakwerkes, erklärt, er könne nicht dafür garantieren, daß eines der wichtigsten Werke Deutschlands in die Luft fliege, wenn es das Militär, gleichviel aus welchen Gründen, wage, die Leunawerke zu betreten. Äußere Anzeichen für kommende Unruhen sind durchaus nicht zu bemerken. Politische Kreise messen den Gerüchten nicht allzu große Bedeutung bei. Die Masse der hiesigen Arbeiter scheint zu neuen Straßenkämpfen keine Neigung zu verspüren.

Im Zusammenhang mit den kommunistischen Plänen zur Eroberung Mitteldeutschlands ist die Meldung aus Halle über den Plan der Sprengung der Leunawerke nicht zu verquicken. Arbeitersekretär Daniel hat diese erwähnte Warnung bei der Besprechung mit dem Obersten Feldmann nur ausgesprochen, um darzulegen, wie tief die Erregung der Leunaarbeiter gegen die Übergriffe des Kapp-Militärs und eine eventuelle militärische Besetzung der Werke war. Wir glauben aber auch, daß die Äußerung des Arbeitersekretärs Daniel doch etwas zu scharf pointiert war. Die nahezu 15 000 Mann zählende Arbeiterschaft des Leunawerkes hat selbst das größte Interesse daran, sich die gut lohnende und dauernde Arbeitsstätte unter allen Umständen zu erhalten. Soviel Pflichtgefühl und gesunden Menschenverstand trauen wir noch jedem Arbeiter zu, daß er nicht das zerstört, was ihm und seiner Familie Arbeit, Unterhalt und Verdienst gewährt. Es hieße das eigene Grab schaufeln, wollten die Arbeiter die Äußerung des Herrn Daniel wörtlich in die Tat umsetzen!

Politische Übersicht.

Österreich.

Munitionslieferungen für Polen.

Wien, 27. April. Die Parlamentarische Korrespondenz bestätigt die Meldung, daß mit englischer Hilfe täglich große Mengen Munition aus österreichischen Waffen- und Munitionsfabriken nach Ungarn geliefert und von dort teilweise an Polen abgegeben werden. Diese Vorgänge seien, wie die Korrespondenz von unterrichteter Seite erfährt, das Vorspiel zu einem Bündnis zwischen Ungarn und Polen bilden.

Frankreich.

Der Streik in Elsaß-Lothringen beendet.

Paris, 26. April. Der Streik in Elsaß-Lothringen ist beendet. Nachdem gestern in Paris unter dem Vorsitz des Arbeitsministers eine Versammlung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Grundlage für eine Verständigung gefunden hatte, erteilte der Streikführer in Paris den Befehl, morgen vormittag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die soziale Gärung in Frankreich.

Basel, 27. April. Der Kongreß der französischen Eisenbahnarbeiter nahm eine Tagesordnung an zugunsten eines Generalstreiks zwecks Verstaatlichung der Eisenbahnen und Anerkennung des Koalitionsrechtes. Der Beginn des Streiks wird noch bekanntgegeben werden.

Deutschland.

— Neuer sächsischer Ministerpräsident. Der sozialdemokratische Parteitag in Meißen beschloß einstimmig, den früheren Kultusminister Wilhelm Buck zum Ministerpräsidenten für Sachsen und damit zum Nachfolger Dr. Gradnauers vorzuschlagen. Buck ist 1869 in Bautzen geboren, wurde 1913 Reichstagsabgeordneter, nach der Revolution Kultusminister und trat im Oktober 1919 zurück, als die Koalition mit den Demokraten zustandefam. Buck hat sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt.

Regelung der Besoldung der Volksschullehrer.

Das preußische Staatsministerium beschloß laut „D. Allg. Ztg." gestern, daß die Volksschullehrer unter Verlängerung des Diätengesetzes auf sieben Jahre in die Besoldungsgruppe 7 eingereiht werden sollen. Damit sei der jahrzehntelange Streit um die Einreihung der Lehrer beigelegt worden.

Merseburg und Umgegend.

27. April.

** **Verlegung der Geschäftsstelle des Kontrollvereinswesens.** Infolge Fortganges des Bezirks-Tierzuchtinspektors und bisherigen Leiters des Kontrollvereinswesens, Herrn Ebbinghaus-Sangerhausen, ist die Geschäftsstelle des Kontrollvereinswesens für die Provinz Sachsen nach Halle (Saale), Kaiserstraße 7, verlegt und mit der Leitung dieser Geschäfte Herr Bezirks-Tierzuchtinspektor Wessel betraut worden. Die Landwirtschaftskammer bittet, alle diesbezüglichen Fragen und Schreiben an Herrn Bezirks-Tierzuchtinspektor Wessel, Halle (Saale), Kaiserstraße 7 zu richten.

** **Auszahlung der Teuerungsbeihilfe für die Militärrentenempfänger.** Vom 1. Mai ab erhalten die Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen eine Teuerungsbeihilfe. Die Höhe dieser Beihilfe beträgt bei R-Empfängern 30 Prozent und bei H-Empfängern steigt sie sich um Hinterbleibenden Militärversorgungen des Unterklassen bis zum Feldwebel einschl. (Handelt) 40 Prozent der ihnen am 1. Mai zustehenden Versorgungsgebührnisse. Den Militär-Rentenempfängern wird empfohlen, die hiernach zahlbaren Beträge nicht selbst in die Rentenmittungen einzurücken. In diesen werden zur Vermeidung von Abänderungen die Beträge am Schlußtage durch den anbleibenden Restbeamten eingerückt werden. Bei dem hiesigen Postamt findet die Auszahlung der Militärrenten, soweit sie auf Antrag nicht ins Haus bestellt werden, am Donnerstag den 29. April statt und zwar von 8½ Uhr vorm. bis 10½ Uhr vorm. auf Stammkarte Nr. 1—500 und Nr. 13 001—18 000, von 10½ Uhr vorm. bis 12½ Uhr nachm. auf Nr. 500—bis 1000 und Nr. 18 001 bis 150 000 (Eingang Bahnhofstr.) von 3 bis 5½ Uhr nachm. auf Stammkarte 1001—13 000 (Haupteingang). Auf die Notwendigkeit der pünktlichen Abholung am 29. April wird besonders hingewiesen. Empfänger, die dazu nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, die Beträge am nächsten Tage abzuholen.

** **Bekämpfung des Schweinerotlaufs.** Da der Verlauf der Schweine im vergangenen Jahre wieder große Opfer gefordert hat, ist es in diesem Jahre mehr denn je geboten, die Bestände rechtzeitig schutzimpfen zu lassen. Das sicherste Schutzmittel gegen den Rotlauf ist die Serum- und Kulturimpfung. Staatlich geprüfte Rotlaufimpfstoffe hält das Bakteriologische Institut der Landwirtschaftskammer in Halle, Freiimfelder Straße 68, vorrätig (Fernsprecher Nr. 6867). Es werden vorwiegend wieder die altbewährten Preußlauer Lorenz-Impfstoffe zum Versand kommen. Infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse kann eine Entschädigung von Rotlaufverlusten nach der Schutzimpfung bis auf weiteres nicht mehr gewährt werden. Es empfiehlt sich daher, die Tiere bei den örtlichen Schweinen und Viehversicherungsvereinen versichern oder die Gründung solcher Vereine unter Mitwirkung der Landwirtschaftskammer anzutreben. Zur Verhütung der Rotlaufimpfungen ist es ratsam, Massenimpfungen vornehmen und die Schweine möglichst schon im jugendlichen Alter schutzimpfen zu lassen. Im Hinblick auf die Seuchenbeihilfe und bei der Kürze der Karte empfiehlt es sich, rechtzeitig mit den Impftierärzten in Verbindung zu treten und die Impfstoffe unter Angabe des in Aussicht genommenen Impftermins, der erforderlichen Menge bezw. der Zahl und der Durchschnittsgewichte der Schweine möglichst bald bestellen zu lassen.

** **Steuerkarten und Steuermarken.** In Kürze wird der Zeitpunkt eintreten, wo die Steuerkarte abgelaufen gegeben werden. Der Arbeitgeber hat dann 10 Prozent des Arbeitslohnes einzubehalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und zu entwerten. Die Steuerkarten geben die Gemeindebehörden aus. Verloren gegangene Karten werden ersetzt. Auf die Steuerrechnung werden aber nur die nachweislich verklebten Steuermarken angerechnet. Der Arbeitnehmer hat sich deshalb, um vor Schaden zu bewahren, besondere Quittungen über die verwendeten Marken ausstellen zu lassen. Die eingeklebten Marken werden innerhalb der drei nächsten Kalendervierteljahre nach dem Kleben von den Finanzämtern an Zahlungsstatt für die zu entrichtende Einkommensteuer angenommen und bei der Karte abgerechnet. Zuviel geklebte Marken werden als überschießender Betrag, sobald die Veranlagung erfolgt ist, zurückgezahlt. Alle diejenigen, für die eine Steuerkarte nicht in Frage kommt, haben ihre Steuern in drei Raten im Mai, August, November und Februar zu entrichten. Alle Steuerzahler, auch die Mindestbesteuerten, entrichten vorläufig, d. h. bis zur neuen Veranlagung im Frühjahr 1920 dieselben Steuern wie im Vorjahre. Hat sich ihr Einkommen gegen das frühere wesentlich ermäßigt, so hat das Finanzamt auf Antrag den Steuerlaß entsprechend zu ermäßigen, doch muß glaubhaft nachgewiesen werden, daß das Einkommen sich im Kalenderjahr 1920 voraussichtlich um als den fünften Teil vermindern wird.

** **Die deutschen Zeitungen vor der Katastrophe.** Der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Dr. Faber-Magdeburg, hat an den Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Fehrenbach, ein Telegramm gerichtet, in dem hingewiesen wird auf den immer näher rückenden Zusammenbruch, der das deutsche Zeitungsgewerbe infolge der fortwährenden Steigerung der Papierpreise bedroht. Die Gefahr wird verstärkt durch willkürliche Auslegung des Umsatzsteuergesetzes in Verbindung mit der Anzeigensteuer und der erhöhten Postgebührenordnung. Schon haben eine Reihe von Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen. Dr. Faber bittet im Namen von 1600 Zeitungen, das Reichsfinanzministerium möge die Anzeigensteuer nur nach vierteljährlichen Abschnitten erheben, wie im Gesetz vorgesehen, ferner um Regierungsschritte zur Ermäßigung der Postgebühren und Papierpreise. Sonst sei eine Katastrophe unvermeidlich. Es geht um Sein oder Nichtsein des Sprachrohrs der öffentlichen Meinung. Mit dem Schicksal der deutschen Presse entscheiden sich zugleich aber die politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des deutschen Volkes.

** **Strohhut muß sterben.** Strohhüte werden in diesem Jahre 120—150 Prozent teurer sein als im Vorjahre. Dieser Preis rechtfertigt die Verwendungsmöglichkeit keineswegs, da ein Strohhut im Verhältnis zum Filzhut doch nur wenig getragen wird. Bei den jetzigen Preisen wird der Strohhut wahrscheinlich ganz ausfallen und der leichte Filzhut der Hauptbedarfsartikel sein für den Mann werden.

** **Unbehinderter deutscher Funkverkehr.** Mit dem 9. April ist die im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene Frist von 3 Monaten, innerhalb deren die drei Großfunkstellen Nauen, Eilvese und Königswusterhausen unter der Kontrolle der Interalliierten Marine-Überwachungskommission stehen, abgelaufen. Die den Großfunkstellen auferlegten Beschränkungen hinsichtlich der Weiterleitung von Nachrichten über Angelegenheiten der Seemacht des Heeres oder der Politik, die für Deutschland und die mit Deutschland während des Krieges verbündet gewesenen Mächte von Belang sind, bestehen daher nicht mehr. Gleichzeitig ist die während jener Frist vorgesehene Überwachung durch die deutschen Großfunkstellen zu besonderen Handelstelegramme sowie die Festsetzung über zu benutzenden Wellenlängen durch die alliierten Regierungen weggefallen.

** **Die Einfuhr von holländischen Frühgemüse** ist von der Reichsstelle für Gemüse und Obst für in Konsignation (Kommission) ohne Preislimit besagene Ware widerruflich freigegeben und das Verfahren wie folgt geregelt: Der deutsche Händler hat keinen Einfuhrantrag an die Reichsstelle für Gemüse und Obst oder deren holländischen Delegierten oder eine sonstige Stelle zu richten. Vielmehr muß er sich ausschließlich mit seinem holländischen Lieferer (Kommittenten) ins Benehmen setzen. Der holländische Lieferer hat sich dann mit seinem Einfuhrantrage an den Delegierten der Reichsstelle für Gemüse und Obst im Haag zu wenden und dort die Einfuhrbewilligung nachzusuchen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200428-18/fragment/page=0002

Dabei muß angegeben werden: a) Firma und Sitz des holländischen Exporteurs; b) Zahl der beantragten Bahnwagen gesondert für jede einzelne Gemüseart und jede Grenzübergangsstation. Sofern in einem Wagen verschiedene Gemüsearten verladen werden, muß dies gleichfalls vermerkt werden; c) die Reiterstraße, innerhalb deren die Einfuhr der einzelnen Wagen erfolgen soll.

** Pestalozzischule. Die erste Versammlung der Kinder der neu errichteten Pestalozzischule wird am Sonntag den 2. Mai, nachmittags 4 Uhr, in Zimmer 6 des Schulhauses in der Mühlstraße abgehalten.

** Verein für Feuerbestattung. In der Monatsversammlung am 24. April wurde bekanntgegeben, daß am 4. Mai ein öffentlicher Lichtbildervortrag im Tivoli stattfinden wird. Städtischer Friedhofsdirektor Hannig aus Stettin wird über Feuerbestattung und Friedhofskunst sprechen. Die städtischen Behörden sollen zu dem Vortrag besonders eingeladen werden. Trotz der außerordentlich hohen Unkosten wird, wie bisher, im Interesse der Sache von der Erhebung eines Eintrittsgeldes abgesehen werden. — Nach einem Bericht der „Flamme" soll der im vorigen Jahre im Ministerium des Innern ausgearbeitete Entwurf zur Änderung des preußischen Feuerbestattungsgesetzes, der allen berechtigten Wünschen der Feuerbestatter entsprach, im Justiz- oder Kultusministerium einige Änderungen erfahren haben, die es bedingen als verhältnismäßig belanglos bezeichnet werden. Anfang September vorigen Jahres ist der endgültig festgestellte Entwurf an das Staatsministerium gelangt, und dort liegt er heute noch! Angeblich hat das Zentrum die Beratung und die Weitergabe an die Landesversammlung zu hinterreiben gewußt. Als dann glaubhafter Vorwurf wird die angebliche Bevorzugung bezeichnet, das das Gesetz Leute in Oberschlesien, Westpreußen und im Rheinland höhes Blut machen und die Loslösungsbestrebungen begünstigen! Es ist höchst bedauerlich und gar nicht zu verstehen, daß sich die übrigen Kabinettsmitglieder von diesen Zentrumskollegen mit solch arem sachenscheinigen Vorwand haben ins Bockshorn jagen lassen. Die Feuerbestatter aber müssen immer wieder ihre Stimme erheben, bis endlich das Ziel, die völlige Gleichberechtigung von Feuerbestattung und Erdbestattung, erreicht ist. Dem stimmt die Versammlung ebenso zu wie dem Grundsatz, daß die Feuerbestattung als solche mit Religion und Politik nichts zu tun hat, der sich aus einer Kundgebung der „Flamme" mit einem Mitglied der Deutschnationalen Partei bei neuem ergibt. — Es ist zu bedauern, daß die Monatsversammlungen trotz der großen Mitgliederzahl des Vereins noch immer nur schwach besucht sind. Wir hoffen, daß die Zukunft doch noch eine Besserung bringt, und weisen zugleich darauf hin, daß auch Gäste zu den Versammlungen stets willkommen sind.

** Mieterbewegung. Man schreibt uns: Vom 28. April bis 1. Mai findet in Naumburg a. S. der erste Deutsche Mietertag des Allgemeinen Mieter-Verbandes Deutschlands" (Sitz Berlin), welcher Anfang Februar d. J. in Berlin gegründet wurde, statt. Zur Teilnahme hat nun dieser Verband an alle deutschen Mietervereine, Behörden und die Presse Einladungen ergehen lassen. Aus dem flammenden Aufruf und der umfangreichen Tagesordnung läßt sich erkennen, mit welcher Energie, hauptsächlich die Groß-Berliner Vereine, den Kampf für die Mieterinteressen weiterzuführen beabsichtigen. Der „Bund deutscher Mietervereine in Dresden A", welchem der Merseburger Mietervereen angehört, steht dem obigen Berliner Verband fern. Jedoch beabsichtigt der Dresdener Bund als auch der hiesige Verein Delegierte nach Naumburg zu senden. Über das Ergebnis des Naumburger Mietertages, welchem der beste Erfolg für die Mieterinteressen zu wünschen ist, wird an dieser Stelle später Mitteilung ergehen. Hiermit sei nochmals auf alle Vorteile hingewiesen, welche der Zusammenschluß der Mieter bezüglich des Mieterschutzes gebracht hat und hauptsächlich noch bringen muß. Bedauerlicherweise mußte aber erwähnt werden, daß die Merseburger Mieter nur sehr wenig an diesen Errungenschaften beigetragen haben. In Merseburg ist die Zahl der Mitglieder des Hausbesitzervereins dreimal so groß als die des Mietervereins. Wie hätten alle Erfolge so errungen werden können, und wo bleiben noch weitere zu errungende Erfolge, wenn es überall so aussehen würde, wie in Merseburg. Also nochmals: Mieter, organisiert Euch, denn viel muß noch erreicht werden!

*

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 26. April.

Die heutige Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ist von 31 Stadtverordneten besucht. Am Magistratstische sind anwesend: Erster Bürgermeister Herzog, Zweiter Bürgermeister Dr. Mosebach, Stadtbaurat Zollinger und die Stadträte Wölfel, (SPD.) Fiedler, Kohl, Langer und Tänzer. Am überfüllten Zuschauerraum sieht man schon, daß irgendein „interessanter" Punkt auf der Tagesordnung sich befindet, denn sonst kommen sehr weniger um die Arbeit in unserem Stadtparlament. Dieser Anziehungspunkt war der sozialistische Antrag auf Entfernung der Garnison. Aber man kam doch nicht auf die geplante Rechnung.

Stadtv.-Vorst. Junker eröffnet die Situng und macht verschiedene Mitteilungen. Einmal wird er eine Eingabe des Vereins für Feuerbestattung zu einem am 4. Mai vorgesehenen Lichtbildervortrag über Feuerbestattung und Friedhofskunst. Der Magistrat teilt mit, daß er für die Wahlheit eine Wählerkarthotek anschaffe, die erhebliche Kostenersparnis gegenüber dem Verfahren der Wählerlisten ermöglicht.

Eintretend in die Beschlußfassung über die Tagesordnung teilt der Stadtv.-Vorst. Junker zur

Ersatzwahl für Deputationsmitglieder

mit, daß anstelle der verzogenen Stadtv. Frau Kriehoff (Dem.) deren Nachfolger Kaufmann Otto Hempel und Stadtv. Weidling (Dem.) in die verschiedenen Deputationen vorgeschlagen werden. Die Versammlung erklärt sich ohne Widerspruch damit einverstanden.

An die Deputation für Kriegerfürsorge wird anstelle der Bürgerschaft an die Stelle der nach Leipzig verzogenen Fräulein Jsebeck die Frau Witwe Kreisarzt Wittich vorgeschlagen und gewählt.

Die Einstellung eines Angestellten im Elektrizitätswerk,

und zwar für buchhalterische Arbeiten, wird von dem Stadtv. Eichardt (Dn.) begründet, wie in unserer Zeitung veröffentlicht. Er empfiehlt die Annahme des Magistratsantrages und die Versammlung genehmigt diesen ohne Besprechung.

Festsetzung des Pachtpreises für den Gondelbetrieb auf dem Gotthardtsteich.

Stadtv. Richter (U. S.) bringt den Magistratsantrag ein, wie schon veröffentlicht, und empfiehlt ihn. Die Versammlung stimmt demgemäß ohne Besprechung dem Abschluß des Vertrages zu.

Der Antrag wegen Entfernung des Militärs,

eingebracht von den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen, und bereits in der letzten Versammlung verschoben, wird von dem Stadtv. Boye (Soz.) kurz begründet. Nicht aus blindem Haß gegen das Militär, sondern lediglich aus praktischen Gründen sei der Antrag gestellt. In den kritischen Tagen wurde hier die Ruhe und Ordnung ohne Militär aufrecht erhalten und es lag kein Anlaß vor, daß das Militär hier so herausfordernd auftrat. Es ist praktisch klüger, wenn wir keine Garnison haben. Eine verstärkte Polizei ist der Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft sicher. Die Kasernen können wir zu anderen Zwecken dringend benötigen. — Erster Bürgermeister Herzog: Durch eine kürzlich stattgehabte Unterredung mit dem Regimentskommandeur Oberst Feldmann ist diese Angelegenheit schon erledigt worden. Es ist dort festgestellt worden, daß die neue Garnison nur aus militärischen Unterkunftsgründen hierher verlegt worden ist, nachdem ein ziemlich allgemeiner Zuzug der Truppen stattgefunden hat, und daß das Militär aus diesem Grunde auch weiter hierbleiben muß. Alle diese Maßnahmen sind ganz allein von militärischer Seite ergriffen worden. Wir haben keinerlei Mittel in der Hand, auf die Entfernung hinzuwirken. Durch das Reich sind die Gemeinden hinsichtlich der Kasernenvorrundstücke nicht rechtlich gemacht. Das Reich hat uns gegenüber den Vertrag nicht gelöst und wir sind verpflichtet den Vertrag zu halten. Der Kommandeur der Truppen hat erklärt, daß bei der durchzuführenden Verminderung des Heeres auf 100 000 Mann wahrscheinlich vom 1. Juli ab Merseburg als Garnisonort nicht mehr vorgesehen sei. Er erklärte, daß er die Truppen unbeweglich nicht unterbringen könne. Im Januar wahrscheinlich Merseburg vom 1. Juli ab kein Garnisonort mehr sein wird, dürfte diese Angelegenheit erledigt sein. — Stadtv. Daniel (U. S.) bestätigt die Ausführungen des Ersten Bürgermeisters und sagt: Oberst Feldmann war erstaunt, zu hören, daß Merseburg kein Militär brauche und hier Ruhe herrsche. Es muß ihm etwas anderes vorher mitgeteilt worden sein. Er denke nach dem Gelörten keinen Moment daran, Merseburg als einen Ort zu bezeichnen, der eine Garnison benötige, und die Truppen gegen die Arbeiter und Steuerzahler zu setzen. Nachdem erklärt worden ist, daß Merseburg vom 1. Juli d. J. ab kein Militär mehr haben wird, erkläre ich, daß die Arbeiterschaft nach wie vor darauf besteht, daß das Militär entfernt wird und die Stadt die Kaserne für Wohnzwecke bekommt. Wir wirken dafür, Zusammenstöße zu vermeiden. In der Unterredung wurde uns auch das Versprechen gemacht, eine Kommission zu bilden, mit dem Kommandeur von Merseburg Beschwerden zu besprechen. Wir bitten, uns von Zwischenfällen Mitteilung zu machen. — Stadtv. Richter (U. S.): Den in den Kasernen wohnenden Unteroffizieren ist zum 1. Juli gekündigt worden mit der Begründung, daß Offiziere in ihre Wohnungen kommen. Es scheint also nicht zu stimmen, daß das Militär wegkommt. Das Gefangenenlager ist gewiß genug für die Garnison. — Erster Bürgermeister Herzog richtet die dringende Bitte an die Bevölkerung, Provokationen der Garnisonangehörigen zu unterlassen. Solange das Militär hier ist, muß ein erträgliches Verhältnis zwischen ihm und der Zivilbevölkerung herrschen und jede Möglichkeit zu Zusammenstößen vermieden werden.

Damit ist der Antrag, der nur nach Maßnahmen des Magistrats fragt, von der Stadtverwaltung beantwortet und erledigt. — Anschließend gibt Stadtv. Frauenheim (Dem.) angeblich namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, daß die demokratische Fraktion geschlossen für das Herbeiführen des Militärs eintrete. — Diese Erklärung löst eine lebhafte Bewegung auf der linken Seite des Hauses aus, die sich in mehr oder minder „schmeichelhaften" Worten gegen die Demokraten Luft macht — Stadtv. Koenen (U. S.) meldet sich sofort zum Wort und dankt für die Offenbarzigkeit der Erklärung des Sprechers der demokratischen Fraktion. Er ruft sogar, was sich nicht dorthin gehört, den Berichterstatter des „Korrespondenten" an, daß dieser sich dieses Vorfalles annehme. (Das war ein Sieg wie keiner noch!) — Auch Stadtv. Richter (U. S.) wendet sich gegen den Stadtv. Frauenheim — Stadtv. Zeller (Dem.): Zu der Erklärung der Fraktionsmitgeschlossen fügte ich hinzu, daß Stadtv. Frauenheim falsch ausgeführt hat. Die Erklärung sollte lauten, daß wir nach den Ausführungen des Magistrats und der verschiedenen Redner nichts dagegen einzuwenden haben, daß das Militär solange hier bleibt, aus militärischen Gründen. So sollte die Erklärung ausfallen. Mutwillig wurde diese Richtigstellung der falsch ausgesprochenen Erklärung des Stadtv. Frauenheim (Dem.) auch wieder von der Linken entsprechend kommentiert. Aber allmählich beruhigte sich die Linke und die Verhandlungen ließen wieder ruhig dahin.

Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter.

Stadtv. Daniel (U. S.) trägt den Magistratsantrag wie veröffentlicht vor und empfiehlt dessen Annahme. — Erster Bürgermeister Herzog: Die Erhöhungen entsprechen den Steigerungen der Lebenshaltungskosten. — Darauf stimmt die Versammlung dem neuen Tarif zu. — Stadtv. Boye (Soz.) richtet die Bitte an den Magistrat, daß nochmals etwas für die städtischen Beamten geschieht, in Form eines Vorschusses oder einer Beschaffungsbeihilfe.

Erhöhung der Teuerungszulagen für die Schwestern im Krankenhaus um 150 Prozent.

Frau Stadtv. Haacke (Dn.) begründet den Antrag wie veröffentlicht und bittet um Zustimmung. Ohne Besprechung stimmt die Versammlung der Erhöhung zu.

Die Verwendung einer Schenkung von 1000 M für das Krankenhaus

wird von dem Stadtv. Mer (Dem.) begründet wie schon veröffentlicht. Seinem Antrag gemäß stimmt die Versammlung der Annahme und Verwendung der Schenkung für das Krankenhaus zu. — Stadtv.-Vorst. Junker spricht dem edlen Spender Otto Schubert in Toledo (Amerika) öffentlich den herzlichsten Dank für das wohltätige Gedenken an seine Heimatstadt aus.

Erhöhung der Verpflegungssätze im Krankenhaus.

Stadtv.-Vorst. Junker bringt die schon veröffentlichte Vorlage ein. Er weist nachdrücklich auf die unerhörte Steigerung aller Materialien hin und bittet um Zustimmung. — Die Versammlung genehmigt die Erhöhung der Verpflegungsgebühren ab 1. Mai d. J.

Nachbewilligung bei Titel II B des Haushaltsplanes der Bauverwaltung.

Stadtv. Zeller (Dem.) begründet die Überschreitung von 560 M an Mauleisen beim Krankenhaus und ersucht um Nachbewilligung. — Dies geschieht ohne weiteres von der Versammlung.

Antrag auf Gewährung von zinslosen Darlehen zur Errichtung von Wohnungen.

Der schon durch Veröffentlichung bekannte Antrag wird von dem Stadtv. Ruprecht (Dn.) begründet. Die von ihm erwähnten Baukosten und Mietsätze rufen ununterbrochen auf allen Seiten „Nu" und „Oh". Aber: Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. — Man weiß es: Mehr arbeiten, mehr produzieren — aber das darf man ja nicht sagen, sonst hört man den schönen Gesang: „Haut ihn, haut ihn!" Die Bewilligung der zinslosen Darlehen ist aber eine unbedingte Notwendigkeit zur Bekämpfung des Wohnungselendes. Nach einer Aussprache über die Deckung der Kosten im Wege der Anleihe, über die Handhabung der Wohnungsämter und Wohnungsnachweisung beim Magistrat, an der Bürgermeister Herzog, die Stadtv. Bothe und Ruprecht (Dn.), Wolf und Richter (U. S.), Stadtv.-Vorst. Junker (Dem.) und Stadtrat Wölfel beteiligen, stimmt die Versammlung der Gewährung der zinslosen Darlehen zu. Wir heben hieraus noch hervor, daß am 31. März d. J. in Merseburg beim Magistrat angemeldet waren:

964 Wohnungsuchende,

von diesen sind 138 dringliche Fälle.

Damit war die öffentliche Sitzung erledigt und die Stadtväter traten um ½8 Uhr in die geheime Beratung ein.

*

Demokratisierung der Verwaltung.

Die Wiederwahl des Landeshauptmanns v. Wilmowski auf kurze Zeit hat in sozialdemokratischen Kreisen stark verschnupft. Der Ärger macht sich in heftigen Angriffen auf die Demokraten Luft. In der mehrheitssozialistischen „Volksstimme" lesen wir:

„Diese Wahl zeigt wohl deutlich, wie die Demokratisierung der Verwaltungen von den Demokraten betrieben wird. Hoffentlich merken sich die Wähler der Demokraten dieses Beispiel für die kommende Reichstagswahl. Es ist widerwärtig anzusehen, wie die Demokraten sich wieder noch und noch bestechen, sich in ein „angenehmes Verhältnis" zu den Stockkreatiuonären zu stellen."

Mit Pauken und Trompeten zieht die unabhängige „Arbeiter-Zeitung" über die Demokraten:

„Geradezu erbärmlich benehmen sich die Herren Demokraten bei der sehr wichtigen, prinzipiell bedeutenden Wahl des Landeshauptmanns, des obersten Selbstverwaltungsbeamten der Provinz. Unsere Genossen wiesen wiederholt darauf hin, daß die Bevölkerung der Provinz in ihrer überwiegenden Mehrheit sozialistisch gesinnt sei, daß es also dem Grundsatz der Demokratie entspreche, wenn diese selbst von den Bürgerlichen nicht wegzuleugnende Tatsache auch in der Verwaltung zum Ausdruck komme. Da die Mehrheitssozialisten den staatspolitischen Beamten, den Oberpräsidenten, für sich in Anspruch nehmen, sei es ganz selbstverständlich, daß an die Spitze der provinziellen Selbstverwaltung ein Unabhängiger treten müsse. Diese Forderung wurde von den Rechtssozialisten als burchaus berechtigt anerkannt. Anders dachten allerdings die Edelbemokraten des Landtages. Ihr ganzes Sinnen und Trachten war darauf gerichtet, einen „links"gerichteten Oberbürgermeister auf diesen einflußreichen Posten zu bringen; als ihnen dies nicht gelang, stimmten sie geschlossen für den Kandidaten der Reaktionäre, den bisherigen Landeshauptmann von Wilmowski. Hätten die Deutschnationalen gewußt, daß die sich als Demokraten ausgebenden Kreaturen immer und nicht nur öfters umfallen, dann hätten sie sich ihr zerrissenes Wahlmandver ersparen können. Um zu verhindern, daß der von den Rechtssozialisten aufgestellte stellvertretende Landtagspräsident Wittmack mit Wilmowski in Stichwahl kam, und um den Demokraten die Möglichkeit zu erleichtern, kommandierten die Deutschnationalen im ersten Wahlgange fünf zuverlässige Stimmen ab, weshalb zum allgemeinen Erstaunen der mit den Schlichen und Zinessen der Reaktionäre nicht Vertrauten das bekannte Resultat zur ersten Wahlgange erzielt wurde. In der Stichwahl hat es ein einziger der „Fortschrittler" fertiggebracht, einen weißen Zettel abzugeben."

Soweit die Gegner, denen die Peterstile verhaßt ist.

Die Demokraten haben für die Demokratisierung der Verwaltung feste Grundsätze. Sie betrachten die Neuordnung des Staatswesens, die Reform der politischen Verfassung und der gesamten Staatsverwaltung, sondern als Festlegung der politischen Grundrichtung der Regierung und im übrigen als Auslese der fähigsten Fachleute. Nur von den politischen Beamten, zu denen Oberpräsident, Regierungspräsident und Landrat zu rechnen sind, muß verlangt werden, daß sie sich zur Politik der Regierung bekennen. Wie die „Arbeiter-Zeitung" ganz richtig schreibt, war ein fähiger Fachmann vorhanden. Es war auch Stimmung für ihn in sozialistischen Kreisen. Aber das Demonstrationsbedürfnis der U. S. P. war stärker. Die unabhängige Fraktion stellte als Kandidaten einen Redakteur auf, der nach der Stärke seiner Anhänger gar keine Aussicht hatte, in die Stichwahl zu kommen. Zum „allgemeinen Erstaunen" und zur großen Freude der Unabhängigen gelangte ihr Kandidat aber doch an die zweite Stelle. Als einen der „fähigsten Fachleute" werden wohl selbst die Unabhängigen ihren Kandidaten nicht ansehen. Deshalb war den Demokraten die Wahl sehr leicht. Daß der Kandidat noch nicht einmal allen Sozialisten paßte, beweist die Abgabe eines weißen Zettels durch einen Abgeordneten ihrer Weltanschauung.

Für „Demokratisierung der Verwaltung" haben wir die sozialdemokratische Parteiinstitutionen durchaus nicht nötig. Wir haben in allen Klassen der Beamtenschaft frisches Blut genug. Diesen Kräften wollen wir den Aufstieg freimachen und werden damit auch die Zustimmung aller sachlich denkenden Beamten finden.

*

Eine einmalige Beihilfe an die ehemaligen Veteranen von 1870/71.

Es besteht die Absicht, wie seit 1917 alljährlich, auch in diesem Jahre den ehemaligen Kriegsteilnehmern, welche die Veteranenbeihilfe von jährlich 150 M beziehen, daneben einmalige Beihilfen zu gewähren. Der Haushaltsausschuß der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung hat sich bereits der Reichsregierung gegenüber damit einverstanden erklärt. Die Beihilfe, welche im Vorjahre 50 M und in den vorhergehenden Jahren 25 M betrug, wird voraussichtlich auf 80 M erhöht werden. Als Stichtag ist der 1. Mai 1920 vorgesehen; es erhalten also die einmalige Beihilfe alle Empfänger der Veteranenbeihilfe, die an diesem Tage am Leben sind. Die Auszahlung soll so bald als möglich erfolgen.

*

Für unsere Hausfrauen.

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 28. April.)

Ausgabe von Zuckermarken im alten Rathaus, von 8—½3 Uhr, gegen Vorlage des Lebensmittelbestes, nur an Erwachsene der Haushalte in den Straßen mit dem Anfangsbuchstaben K—P.

Konzentrierte Vollmilch auf rote Milchkarten 25. April bis 1. Mai 1920 eine Büchse bei Schubert, Burgstraße 16.

Anmeldung: Butter für Sonnabend, auf gewöhnliche städtische Fettmarken 50 Gramm Butter und 100 Gramm Margarine; auf jede K-Zusatzfettmarke 50 Gramm Butter; auf G-Fettmarken 50 Gramm Margarine; auf eine L-Fettmarken 50 Gramm Margarine.

Lebensmittel für 3. bis 9. Mai: Bezugsschein Nr. 41 (½ Pfd. Haserflocken), Bezugsschein Nr. 42 (½ Pfd. Bohnen), Bezugsschein Nr. 43 (1 Pfd. Konserven), Bezugsschein Nr. 44 (½ Pfd. Marmelade).

---

§ Spergau, 26. April. Ein wohlgelungenes Konzert veranstaltete am verflossenen Sonntagnachmittag der „Zitherverein Leuna" im Winkerschen Saale hier. Daß seitens der Einwohnerschaft für diese schöne Darbietung großes Interesse herrschte, bezeugte der überaus zahlreiche Besuch. Das Programm war sehr abwechslungsreich und ließ ein gutes Zusammenspiel des Chores erblicken. Ebenso wurden unser Gesamtchören auch Halbchöre sowie Solis vortrefflich zu Gehör gebracht, wofür den Spielern großer Beifall gezollt wurde. Aber auch für die Nachmäkeln waren im Programm einige recht heitere Solosätzen sowie Couplets vorgesehen, welche die beiden Darsteller ausgezeichnet zur Wiebergabe brachten und infolge des stürmischen Applaus sich zu Zugaben bequemen mußten. Gegen 6 Uhr war das schöne Konzert beendet, woran sich dann ein gemütliches Tanzvergnügen schloß.

§ Wölfau, 27. April. Baumfrevel. In der Nacht vom 18. zum 19. d. Mts. sind an der Kalteneisener Straße links, zwischen Kilometer 5,7 bis 5,8, in der Flur Wölfau, an zwei jungen Apfelbäumen die Kronen abgebrochen worden. Wer den Täter namhaft macht, erhält vom Vorstand des Landesbauamts eine Belohnung von 50 M.

§ Porpitz, 27. April. Infolge unvorhergesehener großer Ausgaben aus der Gemeindekasse hat die Gemeindevertretung einstimmig beschlossen, ein fünftes Quartal Gemeindesteuer zu erheben. Der Voranschlag des Steuerjahres 1920/21 für Porbitz-Woppitz liegt von heute ab 14 Tage zur Einsicht beim Kaufmann Anton Sämisch in Porbitz aus.

§ Schkeuditz, 27. April. Zum Amtsnachfolger in der katholischen Gemeinde ist an Stelle des nach Bochum versetzten Pfarrers Dr. Heinemann Pfarrer Fust aus Sodingen, Kreis Dortmund bestimmt worden. — Am vorigen Sonnabend, nachmittags von 4—7 Uhr, und am Sonntag von 10—4 Uhr fand in den Räumen der hiesigen Fortbildungsschule eine Ausstellung von Schülerarbeiten statt. — Unter dem Verdacht des Diebstahls kam ein Fremder in Haft, der in der „Goldenen Sonne" in der Nacht zum vorigen Mittwoch gewohnt hatte. Dem Wirt sind zu fraglicher Zeit zwei Anzüge gestohlen worden.

§ Lützen, 27 April. Der Gastwirtsverein von Lützen und Umgegend hatte am 23. April eine Versammlung im Gasthof „Stadt Leipzig" einberufen, um in der Bierpreisfrage Stellung zu nehmen. Nach lebhafter Auseinandersetzung über die vorherrschende Situation, den Bierbezug vollständig einzustellen, wie es die Leipziger Gastwirtsorganisation beschlossen hat, fand allgemein Zustimmung. Unberechtigt fand auch die Entgegnung hierauf, daß diese Maßnahme noch verfrüht sei, Anerkennung. Des weiteren wurde auch über die bereits vorliegenden Wucherpreise von einigen Champagnerweißenherstellern verhandelt. Selbstredend wurden die Beschlüsse über Einstellung des Bezugs der Getränke" in erster Linie diese Lieferanten treffen. Es wurden in sehr regen Debatte die Ausschankpreise wie folgt festgesetzt: für das Glas 1 M bis 1,25 M und für das Schnittglas 75 ₰.

*

Unabhängig-sozialistische „Demokratie".

Aus Dürrenberg wird uns gemeldet: Die öffentliche Volksversammlung der alten sozialdemokratischen Partei (Ortsgruppe Dürrenberg) am Freitagabend im „Kronprinz" konnte nicht stattfinden, da der Referent Prov.-Landtags-Abg. Herr Stollberg aus Burg auf seinen Vortrag verzichtete, nachdem die U. S. P. D. die Neubildung eines Büros aus ihren Reihen durch Trommeln auf den Tischen usw. erzwungen hatte. Die letztere Partei nutzte dann die Gelegenheit aus, um für ihre Sache Propaganda zu machen. An den einzelnen Aussprachen beteiligten sich die Herren Schmöller, Bobland, Winkelmann und Kaiser, sowie noch ein fremder Herr von der Mehrheitspartei. Die beschlossene Resolution vom Eingang des Saales wurde nach Abzug von 25 M für den Wirt als Saalmiete dem Waisfond überwiesen. — Das ist der Weg der U. S. P. D. zur freien Demokratie in Deutschland! Eine Schande der deutschen Kultur, der „demokratischen" U. S. P. D.!

Mücheln und Umgegend.

27. April.

‡ Artern, 27. April. Über die aus Artern gemeldeten rätselhaften Todesfälle erhielt ein in Rußland in Stellung befindlicher junger Mann von einem Angehörigen die Nachricht, daß durch Öffnen eines so schnell Dahingerafften als Ursache Milzbrand festgestellt worden ist. Die Ansteckung erfolge durch Genuß des Fleisches eines Ochsen, der bei der vorschriftsmäßigen Untersuchung vom Tierarzt freigegeben worden sein soll. Nun hat es sich auf diese furchtbare Weise herausgestellt, daß das Tier milzbrandkrank war. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Die Leichen haben sich, nach dem Briefe, in kurzer Zeit schwarz gefärbt.

Wetterwarte.

B. W. am 28. 4.: Zeitweise heiteres, vielfach wollig-trübes, mäßig warmes Wetter mit etwas Regen. — 29. 4.: Von kurzen Aufheiterungen abgesehen, meist trübe, mäßig warm, Regenfälle.

Turnen — Sport — Spiel.

⊕ Berichtigung. Das Spiel des Fußballclubs „Vorwärts"-Röthchen gegen „Germania"-Merseburg endete nicht mit 1:4, sondern mit 4:1 für „Vorwärts"-Röthchen. Das gute Resultat wurde trotz des vielunabsehbaren Wanges und nur mit einer 10 Mann starken „Vorwärts"-Mannschaft erzielt.

⊕ Nordostthüringer Turngau. An der am Sonntag den 2. Mai stattfindenden Bezirksvorturnerstunde haben auch alle Turnerinnen von den Bezirksvereinen teilzunehmen, da für diese auch bezüglich die Weisungen bekanntgegeben werden. Wäger die ländlichen Vereine eine Turnfahrt nach ihrer in dem Turn-Kreisblatt bekanntgegebenen Abteilung vollständig ausführen. Gut Heil!

Verantwortlich
für den politischen Teil: Franz Rößner, für Provinz, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil: Franz Gomm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Ashmus, Berlin-Wilmersdorf, Landauer Straße 38.
Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200428-18/fragment/page=0003

Anzeigen.
Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

In das Handelsregister A Nr. 169 betr. die Firma **B. A. Blankenburg** in Merseburg ist heute folgendes eingetragen: Dem Kaufmann **Werner Blankenburg** in Merseburg ist Prokura erteilt.
Merseburg, den 22. April 1920.
Amtsgericht, Abt. 4.

Ausgabe von Ammoniak
an Kleinpächter
erfolgt am Donnerstag, **den 29. April, und am Freitag, den 30. April,** vormittags 9—12 Uhr und nachmittags 2—6 Uhr im Grundstück
Kloster Nr. 11.
Säcke sind mitzubringen.
Die städtische Lebensmittel-Verteilung.

Wagen-Verkauf.
Der Verkauf der im Gefang.-Lager noch befindlichen Wagen u. Zubehörteile findet bis auf weiteres zu herabgesetzten Preisen durch mich statt. Käufer wollen sich jederzeit Wagen besichtigen und sich dann mit mir in Verbindung setzen. **Albert Franke,**
beeidigter Auktionator.
Merseburg, Lindenstr. 11,
— Tel. 635 —

Achtung!
Die für **Donnerstag, den 29. April** d. J., nachmittags 5 Uhr angesetzte Kleeverpachtung findet erst **Freitag, d. 30. April d. J., nachmittags 6 Uhr,** im Gasthaus zum „**Wettiner Hof**", Hallesche Straße, statt.
Albert Franke, Auktionator.

Kleeverpachtung.
Donnerstag, den 29. April d. J., nachmittags 5 Uhr werde ich in der Gastwirtschaft „**Zum Wettiner Hof**", Hallesche Straße hier, ca. 5 Morgen Luzerne in einzelnen Morgen auf ein Jahr öffentlich meistbietend verpachten. — Der Luzern steht zwischen der Eisenbahn Merseburg—Lauchstedt und der elektrischen Fernbahn nach Halle an der Straße.
Albert Franke, Auktionator.

Wiesenverpachtung.
Die Grasnutzung der der Kirche und Schule zu **Collenbey** gehörigen Wiesen soll
Freitag, den 7. Mai d. J., nachmittags 2 Uhr
im Gasthof zu **Collenbey** gegen sofortige Barzahlung verpachtet werden. Pachtbedingung werden im Verpachtungstermine bekannt gemacht.
Der Gemeindekirchenrat und der Schulvorstand.
Dr. Sonnemann.

Selbstgeber
verleiht
GELD
zu geschäftlichen Zwecken, sowie an **Privatpersonen** (ohne Bürgen) durch
Franz Sand
Merseburg, Roter Feldweg 8
Sprechzeit:
täglich von 8—12 Uhr vorm., 3—7½ Uhr nachm.
Sonntags von 7½ Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm.
Ratenzahlung gestattet.

Wer würde Kriegsbeschädigten
3000 Mark
leihen auf Möbelsicherheit und Klavier. Rückzahlung u. Zinsen nach Übereinkunft. Angeb. unt. **980** an die Exped. d. Bl.

1 Schlafstelle offen
Delgrube 35, II.

Bess., möbl. Zimmer
sofort gesucht. Angebote unter **947** an die Exped. d. Bl.

Frl. sucht fdl. möbl. Zimmer bis 50.— bei netten Leuten. Ang. unt. **984** an die Exped. d. Bl.

Zum vorübergehenden Aufenthalt sucht Ehepaar ein besseres **möbliertes Zimmer** für sofort. Off. an **E. Tränkner, Halle a. S.,** Gräfestraße 20.

Junger Herr sucht **Schlafstelle oder möbliertes Zimmer.** Ang. unt. **977** an die Exp. d. Bl.

2 Mädchen (Schwestern) suchen
angenehmes Logis.
Ang. unt. **975** an die Exp. d. Bl.

Statt Karten.
Fridel Gebhardt
Arthur Schmidt
Verlobte.
Merseburg, den 27. April 1920.

Dank.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen, des Mechanikers
Kurt Pöritz
sagen wir allen herzlichen Dank.
Merseburg, den 27. April 1920.
Die trauernden Hinterbliebenen.

190]
Aushebung der Stuten und Hengste für den Feindbund.
Am Montag, den 3. Mai 1920 beginnt die Auswahl und der Ankauf der in den Vormusterungen in die Listen eingetragenen Hengste und Stuten im Kreise Merseburg durch die gemäß ministerieller Verfügung vom 21. September 1919 — I A III g 3434 — eingesetzten Kommissionen.
Die Kommission beginnt im Sammelort Merseburg.
Die Polizeiverwaltungen und die Heren Gendarmerie-Wachtmeister ersuche ich daher für pünktliche und vollzählige Vorführung derjenigen Pferde, welche in den meiner Verfügung vom 5. März d. J. — Tgb.-Nr. 68 und 58 M — beigefügten Listen aufgeführt worden sind, wie folgt Sorge tragen zu wollen:

Am Montag, den 3. Mai, nachmittags 1 Uhr in Merseburg, Aulandtplatz
Stadt Merseburg, die Amtsbezirke Dürrenberg (mit Ausnahme von Gemeinde und Gut Goddula), die Amtsbezirke Frankleben, Meuschau, Schkopau, Spergau und Wallendorf.

Am Dienstag, den 4. Mai, vorm. 7 Uhr in Lauchstedt
die Städte Lauchstedt und Schafstädt, die Amtsbezirke Benkendorf, Großgräfendorf, Holleben und Nieder-Globikau.

Am Dienstag, den 4. Mai, vorm. 11 Uhr in Schkeuditz
die Stadt Schkeuditz, die Amtsbezirke Altscherbitz, Ennewitz, Klein-Liebenau, Papitz und Wehlitz.

Am Dienstag, den 4. Mai, nachm. 2 Uhr in Lützen
die Stadt Lützen, die Amtsbezirke Großschkorlopp, Rücken, Starsiedel, sowie Gemeinde und Gut Goddula.

Am Mittwoch, den 5. Mai, vorm. 7 Uhr in Lützen
die Amtsbezirke Altranstädt und Großgörschen.

Deckscheine müssen vorgelegt werden.
Die Besitzer der Pferde müssen selbst zugegen sein oder einen zum Abschluß des Ankaufs bevollmächtigten Vertreter stellen.
Für kranke und transportunfähige Pferde ist ein kreistierärztliches Attest beizubringen.
Merseburg, den 27. April 1920.
Der kommissarische Landrat.
J. V.
Kürsten, Kreissekretär.

Nutzholzverkäufe
in der staatlichen Oberförsterei Freyburg (Unstrut).
1. Im Wege des schriftlichen Gebots:
A. Rotbuchen aus den Försterei**en Pödelist**, Distr. 43, **Eckartsberga**, Distr. 86, 87, 92, 93, 103, 105, **Bibra**, Distr. 109, 112, 113 = 947 Stämme A I 96, A II 173, A III 179, A IV 90, A V 13, B I 252, B II 257, B III 255, B IV 59 fm.
B. Weißbuchen aus den Förstereien **Pödelist**, Distr. 33, 34, 35, 36, 37, 40, **Schlebecoda**, Distr. 76, **Eckartsberga**, Distr. 93, 97 = 701 Stämme A II 2, A III 5, A IV 24, A V 10, B II 4, B III 76, B IV 191, B V 100 fm.
Gebote sind schriftlich in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift „Buchenverkäufe" bis spätestens **Sonnabend, den 8. Mai 1920, vormittags** an die **Oberförsterei Freyburg a. U.** einzuleiten. Sie müssen das Gebot in vollen Mark **für das ganze Los** enthalten (nicht je fm) und die Erklärung, daß Bieter die ihm bekannten Versteigerungsbedingungen der preußischen Staatsforstverwaltung vorbehaltlos als bindend anerkennt. Oeffnung in Gegenwart etwa erschienener Bieter am **8. Mai d. J., mittags 12 Uhr** auf dem **Geschäftszimmer** der Oberförsterei zu **Schloß Freyburg a. U.** Sammelgebote zulässig.
2. Im Wege der Versteigerung am **Montag, den 10. Mai 1920, von vormittags 9 Uhr ab** in **Naumburg-Saale, Hotel Kaiserhof.**
C. Eichen, dabei feinstes Furnierholz, aus den Forstereien **Schönburg**, Distr. 2, **Großjena**, Distr. 10, 11, **Wilsdorf**, Distr. 28, **Pödelist**, Distr. 35, 40, 43, 45, 47, 48, **Schlebecoda**, Distr. 58, 59, 62, 69, 70, 73, 76, **Eckartsberga**, Distr. 87, 90, 91, 92, 95, 97, 103, 105, **Bibra**, Distr. 109, 112, 113, 114 = 782 Stämme A I 342, A II 66, A III 37, A IV 3, B I 475, B II 103, B III 70, B IV 76, B V 18 fm. Rollen 2, 2,25 und 3 m lang 37 rm (B IV, B V und Rollen nur Sägeholz), **Erfen** (Bibra, Distr. 112) 5 Stämme A III 1,18, A IV 0,53, A V 0,79 fm. **Linden** (Eckartsbergaer Distr. 97) 3 Stämme B II 3,08, B III 1,59 fm. Beschränkung des Wettbewerbes findet nicht statt. Aufmaßlisten mit Loseinteilung — nur für je alles unter A, B und C aufgeführte Holz — versendet gegen Nachnahme der Schreibgebühr der Förster **Hausius** zu **Freyburg a. U.** Sofortige Bestellung erforderlich.

Läuse-Plage
vertilgen Sie in 1 Stunde unter Garantieschein jede a. Flöhe, Brut (Nissen) d. Mensch u. Tier m. pat. gesch. Mittel. „**Bekolda**". F. Wunden unschädl. Verk. in Merseburg nur bei **Fr. Freygang, Große Ritterstraße 7.**

Schlafstelle oder einfach möbliertes Zimmer von 2 bess. jung. Leuten sofort gesucht. Off. unt. **973** a. d. Exped.

1—2 leere Zimmer
gesucht. Offerten unter **854** an die Exped. d. Bl.

Junges Ehepaar sucht **1—2 leere Zimmer** mit Kochgel. Angebote unter **986** an die Exped. d. Bl.

Gehrock-Anzug (für mittlere, unterletzte Pers.) zu verkaufen. Näheres **Hallesche Str. 42.**

Wenig getrag. Anzug u. **Ulster** (Größe 1,75) zu verk. **Bürgergarten 4, 3 Tr.**

Fast neuer **Ulster,** für 14- bis 15jähr. Knaben pass., zu verk. **Mehlverkauf Rischmühle.**

1 weißes Stickereikleid und Rock
für größere Person passend, 1 engl. **Militärmantel** billig zu verk. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

1 Tüllkleid
zu verkaufen **Haackestraße 26.**

1 **Paar Herrenstiefeletten,** 30 cm lang, 10 cm breit, verkauft **Mälzerstraße 8, pt. l.**

Herrenschnürstiefel,
Gr. 40, weit zu klein, zu ver kaufen **Christianenstr. 6, 1 Tr**

Gut. seid. Damenschirm
zu verk. **Rot. Brücken rain 13, pt.**

Gut ausgespielte Geige
mit Zubehör z. verkauf. 4—7 Uhr nachm. **Moltkestraße 14, 1 Tr.**

Eine gebrauchte, guterhaltene
Waschmaschine
zu verkaufen. **H. Bormann,** Weißenfelser Str. 7.

75 kg reiner Benzin für Auto,
2 verz. Benzin-Kannen billig zu verkaufen.
Otto Friedel, Nienburg a. S.

Ein Tor und eine Treppe (fast neu). Nachzufragen **Hallesche Straße 2.**

2 futterfeste Ferkel sind umstandshalber zu verkaufen **Preußerstraße 14.**

Kl. Läuferschwein
zu verk. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

2 Ziegenböckchen
zu verkaufen **Meuschau 14.**

Eine Erstlingsziege mit Lamm
zu verkaufen **Leuna Nr. 40a.**

10 Stück junge Kaninchen
zu verkaufen **Hirtenstraße 14.**

13 Stück kleine Enten
verkauft **Meuschau Nr. 73b.**

Zuchtkaninchen
gibt ab **Schellsich, Werder.**

1 russischen Schwanen-Ganter verkauft oder gegen deutsche Gans tauscht **Lauchstedt** (Bhf.).

Einige Fuhren Spreu (Weizen, Roggen) zu verkaufen und eine Grube **eingesäuerte** Rübenschnitzel.
P. Frauendorf, Burgstädten.

Futterrüben, gesunde Ware, offeriere fuhrenweise sowie jeden Posten vom Lager **Corbetha.**
Hugo Held, Corbetha Bhf.
Telef. Amt Dürrenberg Nr. 20.

2 Zentner gute Speisekartoffeln zu verkaufen. Offert. unt. **981** an die Exp. d. Bl.

Futter-Kartoffeln
gibt ab **Freitag,** den **30. April,** vormittags 9—12 Uhr und nachmittags 2—5 Uhr (Preis 10,— Mark pro Zentner).
Die städtische Kartoffelstelle.

Täglich frischen
Spargel
Albert Schulz,
jetzt Hallesche Straße Nr. 71.
Tel. 336.

Tanz-Unterricht.
Donnerstag, den 6. Mai, nachmittag 5 Uhr beginnt im **Hotel Rütke** für junge Damen und Herren besserer Stände ein
Privat-Zirkel.
Anmeldungen erbitte in der Zeit von 11—3 Uhr in meiner **Wohnung, Schmale Straße 19, 2 Tr.**
C. Ebeling, Tanzlehrer.

Funkenburg.
Mittwoch, den 28. d. M.:
Großer Ball.
Neueste Tänze. **Volles Orchester.**

Haus- und Grundbesitzer-Verein „E. V."
Donnerstag, den 29. April 1920, abends 8 Uhr, im „Casino":
Außerordentliche General-Versammlung
Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Die drohende Entrechtung und Unterdrückung der Hausbesitzer mit besonderer Berücksichtigung der Miethöchstpreise und der Wohnungsbeschlagnahme!" Referent: Generalsekretär **Dieske** vom Zentralverband Berlin. — 2. Bericht über die Verordnung betr. Festsetzung der Höchstmieten. — 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. — — Das Erscheinen **aller** Mitglieder ist erwünscht. — Anmeldungen neuer Mitglieder werden in der Versammlung entgegengenommen.
Der Vorstand. Roenneke, Vorsitzender.

Deutscher Beamtenbund
Ortskartell Merseburg.
Donnerstag, den 29. d. M., abends 8 Uhr
Voll-Versammlung
in der **Funkenburg.** Der Abgeordnete in der deutschen Nationalversammlung, Herr **Delius** aus Halle a. S. wird über
„Die Besoldungsreform und andere wichtige schwebende Beamtenfragen"
sprechen. Daran anschließend Aussprache und Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen, auch der erwachsenen Familienmitglieder ist dringend erwünscht. **Der Arbeitsausschuß.**

Heilquellen Neu-Ragoczy
Niederlage: Gotthardt-Drogerie, Merseburg.
Gotthardtstrasse, Telephon 283

Optikermstr. Fischer
MERSEBURG, Markt 24,
Fachmann für wissenschaftlich **richtige** Augengläser
Erstes optisches **Spezial**-Geschäft am Platze.

Eine großzügige Reklame
führt auch in schlechten wirtschaftlichen Zeiten das Geschäft in die Höhe. Darum sollte jeder Geschäftsinhaber nicht über unaufsitige Zustände klagen, sondern seine Lage durch ausgedehnte Werbetätigkeit im
„Merseburger Korrespondent"
bessern.

Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen
in allen Größen zu kaufen gesucht. **Otto Knorr Halle,** Schillerstr. 35.

Ei erner Küchenherd zu kaufen gesucht. Schriftl. Ang. unt. **969** an die Exp. d. Bl.

Gebrauchter Sitz- und Liegewagen
zu kaufen gesucht. Ang. unt. **976** an die Exp. d. Bl.

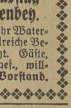
Strickmaschine, gebraucht, kauft **P. Kirsch, Braunschweig**

Mehrere Fuhren gutes Wiesenheu
zu kaufen gesucht. Angebote an **Gemeinschaft Michel, Groß-Kayna** bei Merseburg.

Neue Dachrinnen
sowie
Zinkarbeiten und Reparaturen
werden sofort ausgeführt.
Carl Höfer, Markt 8.
Fernruf 622.

Einige Fuhren Stalldünger evtl. gegen Umtausch von Stroh zu kauf. ges. **Leunaer Str. 6.**

G. D. A.
Freitag, den 30. April,
Abend-Ausflug nach Collenbey.
Treffpkt. ½8 Uhr Waterloobrücke. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Gäste, d. Mitgl. eingef., willkommen. **Der Vorstand.**

Genossenschaft freiwillig. Krankenpfleger vom Roten Kreuz.

Freitag, d. 30. d. M., abends 8 Uhr:
Zusammenkunft
im Alten Dessauer.

Herr,
Anfang 30er, sucht auf diesem Wege Bekanntschaft m. Fräulein, zwecks Heirat. Nur ernstgemeinte, strengste Diskretion zugesichert. Schriftl. Angebote unter **979** an die Exped. d. Bl.

Bessere Witwe, Mitte 30er Jahre, mit gutem Grundstück, 1 Kind, sucht ebenso solchen **freds. Herrn** ohne Kind in sich. Lebensstellung zwecks Heirat kennen zu lernen. **Nur ernstgem.** ausführl. Off. u. **978** a. d. Exp. **Verm. verb.**

Heirats-Gesuch.
Jg. Mädch., 24 J., m. Kind, sucht Bekanntschaft mit 1 Herrn (Witwer nicht ausgeschl.) zwecks späterer Heirat. Nur aufrichtige Angeb. u. **982** an die Exp. d. Bl.

Wer erlernt Kriegsbeschädigten
Schreibmaschine?
Gefl. Off. unt. **985** a. d. Exp. d. Bl.

Wer erteilt jungem Manne in den Abendstunden **Unterricht in Stenographie?** (System Stolze-Schrey). Gefl. Angeb. unter **964** an die Exp. d. Bl.

Tüchtig. Rangierer, älterer Schlosser und Arbeiter
zum sofortigen Antritt gesucht.
Königsmühle.

Geübte Plätterin
sofort gesucht.
Frau Kaßler, Unter-Altenba. 49.

Austrägerin
sucht **Buchhandlung Stollberg.**

1 tücht. Arbeitsfrau
wird sofort gesucht
Merseburger Molkerei.

Suche für größeren Haushalt in der Nähe Merseburgs ein ruh., treues u. sauberes
Mädchen
für Zimmer- u. Hausarbeit; gute, dauernde Stellung; Antritt bald. Zu erfragen zwischen 5 bis 8 Uhr abends bei
Bernecker, Gotthardtstr. 30, 1 Tr.

Für 1. Juni suche ich ein
anständiges, älteres Mädchen
für Küche und Haus.
Frau Schröder, Gaswerk.

Für sofort oder zum 1. Mai ein tüchtiges, sauberes
Hausmädchen
in einen kinderlosen Haushalt gesucht, wo Hilfe vorhanden ist. Frau Dr. **Pfeil, Leuna-Werke** bei Merseburg, Beamtenheim 1.

Aufwartung
gesucht **Poststraße 6.**

Wegen Erkrankung meiner
jetzigen Aufwartung
suche sofort Ersatz.
Frau Schröder, Gaswerk.

Suche für sofort od. 1. 5. 20 ältere
Aufwartung
erfahrene für den ganzen Tag oder
älteres, erfahr. Mädchen
bei guter Bezahlung.
Frau H. Albrecht, Unter-Altenburg Nr. 18.

Größeres Schulmädchen als
Aufwartung
gesucht **Burgstraße 11.**

Saub. Aufwartung
für morgens gesucht bei
Kraft, Gotthardtstraße 13.

Jüng. Aufwartung
sucht **Aulandtstr. 18.**

Verloren von der Roonstr. bis zur Bahn Kinderschuh (Sandale). Gegen Belohng. abzug. **Roonstr. 11, II r**

Montag nachmittag **Granatbrosche verloren.** Geg. Belohn. bitte abgeben **Breite Str. 11, 1 Tr.**

Hermann Schladitz
Uhrmacher

Großes Lager moderner Uhren

Zeitgemäße Schmucks Bestecke Optische Artikel

Kl. Ritterstr. 11
Fernsprecher 472

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200428-18/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent".

Nr. 88. Mittwoch den 28. April 1920 46. Jahrg.

Demokratie und nationaler Gedanke.

Über dieses Thema sprach gestern im gutbesuchten „Tivoli"-Saale in einer von der deutsch-demokratischen Partei veranstalteten öffentlichen Versammlung Prof. Dr. von Drigalski-Halle. Der erste Vorsitzende, Seminarlehrer Koerlin, eröffnete die Versammlung, begrüßte die Erschienenen und teilte mit,

daß die demokratische Partei damit in den Wahlkampf eintrete.

Ihr Ziel ist: die Bewahrung vor dem Bürgerkrieg, die Überwindung des Klassenkampfes, der Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens, Erhaltung und Festigung der deutschen Einheit und Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt. Diese Wege führt uns die nationale Demokratie. Darauf nahm

Prof. Dr. von Drigalski

das Wort. Die Demokratie wird von rechts mit glühendem Haß verfolgt und von links bekämpft und beschimpft, obwohl diese Kreise den Demokratismus überhaupt nicht kennen, denn die praktische Demokratie ist für unser Vaterland etwas ganz Neues. Die einzige heute mögliche Regierungsform ist die demokratische und nicht eine Klassenherrschaft oder eine Diktatur. Die gesamte Arbeiterschaft ist sich ihrer Macht bewußt geworden. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen und darum erkennen, daß nur eine Regierung des Ausgleichs, der Demokratie, möglich ist. Es wird von rechts behauptet, die Demokratie habe die Monarchie untergraben; das ist nicht möglich weil eine demokratische Partei damals noch nicht bestand und die ihr nahestehenden alten Parteien sich an der Revolution aber beteiligten. Eine Monarchie könnte in Deutschland nur erstehen durch den starken Mehrheitswillen des Volkes. Sie könnte sich nur halten, wenn sie sich nicht als Gottesgnadentum betrachtet, sondern, wenn sie im Volke ihren Auftraggeber erblickt und sich ihm verantwortlich fühlt. Man würde, wie in England, eine Art freie Republik mit einem erblichen Repräsentanten an der Spitze haben. Wir leben aber unter dem ungeheuren Druck, die Entente würde sich der Wiederherstellung der Monarchie wahrscheinlich gewalttätig, zumindest aber sehr mißtrauisch gegenüber verhalten. Die Demokratie will nicht alle Menschen in die gleiche Form kneten, das ist bei der Ungleichheit der Menschen nicht möglich. Wir wollen, daß sich jeder mündige und geschäftsfähige Staatsbürger am politischen Leben beteiligt fühlt, daß er für das gemeinsame Beste strebt. Reges Interesse an allen innen- und außenpolitischen Fragen zu erwecken, ist das Gefühl, das man mit dem Fremdwort

Nationalgefühl

bezeichnet. Eine Hauptaufgabe der Demokratie ist die Auslese der Besten, der Leistungs-Aristokraten, bei der Klasse, Name und Geburt keine Rolle spielt. Man kann aber nicht verlangen, daß eine Partei, die erst vor einem Jahre entstanden ist, in den wildesten Wirren schon große Ergebnisse zeigeigt hat. Wir haben den Krieg verloren, nicht, weil die Armee versagte, sondern, weil vor allem die Träger der Diplomatie vollkommen versagten. Es ist beachtenswert, wie früher große Männer, die heute von den Rechtsparteien als die Ihrigen betrachtet werden, über die Demokratie dachten. Friedrich der Große, Freiherr von Stein, Bismarck und selbst wer Ludendorffs Erinnerungen durchliest, wird da viel Demokratie finden.

In England war schon im 14. Jahrhundert die Regierung einem Parlament verantwortlich. Dort haben sich die Führer des Volks nicht der Entwicklung hemmend in den Weg gestellt, sondern sie rechtzeitig erkannt und gefördert, infolgedessen war die Entwicklung in England sympathischer als bei uns. Die Franzosen, sonst in keiner Hinsicht zuverlässig, haben nie versagt in Fragen des nationalen Gefühls. Das ist nur daher möglich, weil jeder sich aktiv an der Politik beteiligt fühlt. Auch in Amerika, Serbien, Italien und Australien legte man mehr Nationalgefühl an den Tag wie bei uns.

Wie hat sich nun die demokratie Organisation bei den letzten Ereignissen erwiesen? Man kann nicht leugnen, daß sich

vor dem Kapp-Putsch

ein Ansatz zur Besserung unserer Lage gezeigt hat. Die staatliche Sicherheit begann sich zu festigen, die Valuta stieg und das Ausland begann Vertrauen zu unserer Leitungsfähigkeit zu fassen. Jedem Einsichtigen war es klar, was für schwere Folgen der Kapp-Putsch für uns haben würde. Das Militär ist keine politisch geschulte Einrichtung und es ist daher die Möglichkeit gegeben, daß sie ein gewissenloser Politiker unter Vorgabe nationaler Gründe mißbrauchen kann. Das soll keine Entschuldigung sein, denn die Truppe war erst kurz vorher vereidigt. Noch weniger zu entschuldigen sind jedoch die politischen Führer, die voraussehen mußten, daß die politischen Leidenschaften erregt würden, der Generalstreik verkündet und ein linksradikaler Putsch folgen würde. Man hat der Reichswehr zugemutet, den eben geleisteten Eid zu brechen, sie unnötig dazu gebracht, gegen das eigene Volk vorzugehen.

Man hat mit der Gesinnung und dem Leben der Reichswehr Schindluder getrieben.

Das Verhalten dieser Männer ist noch schlimmer, als sie nicht einmal zu ihren Taten stehen. Die Vertreter der demokratischen Partei nahmen sofort Stellung gegen die Putschisten, trotzdem wir annahmen, daß diese zunächst große Erfolge erringen würden. Für uns Demokraten gab es nur eins: Wir halten den Eid auf die Verfassung und brechen das Vertragsverhältnis, das zwischen den Koalitionsparteien besteht, nicht. Das überraschte in den Kreisen der Mehrheitssozialdemokratie, denn in gewissen Kreisen gelten wir für pflaumenweich. Wir nahmen auch in Halle sofort klipp und klar Stellung, besonders hat Dr. Schreiber alles daran gesetzt, um unnötige Opfer zu vermeiden. Dr. Schreiber hat mit großer Entschlossenheit, Kaltblütigkeit und Klugheit gehandelt und alles getan, den Generalstreik bald zu beenden. Das wäre ihm noch früher gelückt, wenn nicht seine Pläne immer wieder durchkreuzt wurden. Es ist bedauerlich, daß Dr. Schreiber für seine aufopferungsvolle Tätigkeit mit Schmutz beworfen wird, sein ganzes Bestreben war dahin gerichtet, der Bevölkerung und den Truppen unnötige Opfer zu ersparen. Sein Verdienst ist es, daß es in Halle nicht noch zu Zuständen wie im Ruhrgebiet gekommen ist. Eine weitere Folge des Kapp-Putsches und des folgenden linksradikalen Vorstoßes war die Besetzung weiteren deutschen Gebiets durch die Franzosen, die ja von einem Tag zum andern auf eine Gelegenheit warteten, um in Deutschland einzurücken. Die Schande, daß Frankreich schwarze Truppen auf unsere deutschen Frauen und Mädchen losgelassen hat, dürfen wir nie vergessen.

Scheußlich ist der Kampf der Teile des Volkes gegen sich selbst. Wir Demokraten müssen verlangen, daß die Truppenteile sich an den Eid und an die Verfassung halten, andererseits aber auch, daß unnötige Beschimpfungen derjenigen, die Großes geleistet, und, wenn es sein muß, ihr Leben für uns hinzugeben bereit sind, unterbleiben. Wir dürfen nicht dulden, daß noch einmal von rechts derartige Putsche kommen und müssen uns auch energisch gegen die Linksputschisten wenden. Es darf aber nicht personnl werden, daß die Lage der Arbeiter nicht so bleiben kann, wie sie vor dem Kriege war, ich denke in erster Linie an das

Wohnungselend.

Allmählich macht sich auch auf der linken Seite die Überzeugung bemerkbar, daß es so nie jetzt nicht weiter geht. In Rußland hat der Bolschewismus den Idealzustand der Arbeitslosigkeit mit Arbeitszwang gebracht. Ich halte unser Vaterland für geeeignet, in dem Augenblick, in dem alle Kreise unseres Volkes einsehen, daß es so nicht weitergeht. Wir können nicht wieder in ein Kastenwesen hineinkommen. Die Politik der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bedeutet eine starke Einengung des Gesichtskreises, einen schlechten Ton in Presse und Versammlung und einen widerlichen Parteiegoismus. Im Gegensatz hierzu müssen wir Deutschdemokraten den Standpunkt vertreten:

Das Vaterland über die Partei.

Eine Gegenwartsforderung ist, daß wir bei der Auswahl unserer Vertreter uns nach Persönlichkeiten richten. Die Macht der Persönlichkeit spielt eine große Rolle. Wir brauchen vor allem „Kenner", Leute mit hohem Verantwortlichkeitsgefühl. — Es ist außerordentlich bedauerlich, daß wir kein Aufklärungs- und Propagandaamt haben. Wir haben gegen unsere Feinde viel Material, das nun nicht genützt wird und brachliegt. Wir müssen alles tun, um die Reichseinheit zu wahren. Es wäre auch wünschenswert, wenn wir, wie in England, politische Debattierklubs bekämen, die sich dort als sehr brauchbar erwiesen haben. Auch Kommunalpolitik müssen wir treiben. Die deutsche Sache steht sehr trübe. Doch wenn wir aus den Märzereignissen mit dem blauen Auge davongekommen sind, so wird das Ausland wieder neues Zutrauen zu unserer unverwüstlichen Lebenskraft gewinnen. Es gibt Vielbliicke auch in den radikalen Kreisen. In den besetzten Gebieten sind gerade die Arbeiter die wärmsten Vertreter des Nationalismus, in Oberschlesien ist die Arbeiterschaft heute deutscher denn je. Es muß mit der Zeit eine Einsicht in allen Kreisen auftreten und zwar unter dem schweren äußern Druck. Eines schönen Tages wird die Zusammenschweißung unseres Volkes Tatsache sein. Bis es soweit kommen wird, müssen wir den Mut haben, auf demokratischem Wege jedem Einzelnen die Möglichkeit geben, daß er zu politischer Erfahrung kommt. Nur diese Erfahrung kann uns die Hoffnung auf eine bessere Zukunft geben, die uns nicht zuschanden wird. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Koerlin dankte dem Redner für seine außerordentlich klaren Richtlinien und forderte zur Besprechung auf. Auf eine schriftliche Anfrage teilte der Redner mit, daß die demokratische Partei auf dem Boden des Heimstättengesetzes stehe. Sodann polemisierte ein Herr Töpfer zuerst gegen den „Korrespondenten", der nicht mehr so weit rechts stehe wie früher und schoß dann gegen das hiesige Militär gewandt habe. Die demokratische Partei habe nicht genügend befähigte Männer für die Staatsämter, sie strebe eine Verewigung der Zwangswirtschaft an, die Verfolgung der wegen Symbolhie mit Kapp verdächtigten Beamten sei eine Gesinnungsschnüffelei, überhaupt kümmere sich die Partei um das Wohl der Beamten nicht (Lebhafter Widerspruch in der Versammlung.) Die Demokratie habe die Kriegsgesellschaften mit ihren fetten Ergebnissen nicht beseitigt, die Diplomaten taugen nichts, besonders der Reichsjustizminister Dr. Blunck (wegen seines temperamentvollen Angriffs auf den Deutschen Volkspartelier Prof. Kahl.) Dann lud der zuminbest ein wenig unglückliche Diskussionsredner für die Deutsche Volkspartei ein und beschwerte sich, daß diese immer mit den Deutschnationalen in einen Topf geworfen würde. (Ein dreifaches derabredetes Bravo folgte den längeren Ausführungen.)

In seinem Schlußwort blieb der Referent die Antwort nicht schuldig. Die Demokraten haben nicht versprochen, daß nach jenem furchtbaren Zusammenbruch die Verhältnisse von heute auf morgen besser würden. Man mußte zu retten versuchen, was noch zu retten war. Es überrascht mich, daß der Vorredner einen Strich zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen zieht. Von diesem Unterschied hat man im Parlament und besonders auch in Halle nichts gemerkt. Ich habe den Eindruck gewonnen,

daß die deutsche Volkspartei das Reservelager der deutschnationalen Partei

ist, um abfplitternde Teile darin aufzufangen. Welche Parteien haben ja den Kapp-Putsch begrüßt. Die Diplomaten der alten Schule, von denen nur wenige zur demokratischen Partei gegangen sind, haben man uns nicht an die Rockschöße hängen, auch einen Erzberger nicht, dessen Treiben gerade von der demokratischen Partei schon vor seinem Scheiden aus der Regierung öffentlich mißbilligt wurde. Man darf nicht annehmen, daß, nachdem die Demokratie ihr Wirken aufgenommen hat, nun alles gut sei, jedoch ist die Gewähr gegeben, daß alles gut wird, denn nur auf diesem Wege ist es möglich, ein lebendiges Nationalgefühl wieder zu erzeugen. Wir sind in weitem Maße davon überzeugt, daß die

Zwangswirtschaft beseitigt

werden muß. Das geht aber nicht von heute auf morgen, sonst würden wir alle verhungern. Die Deutsche demokratische Partei tritt zugunsten eines Berufsbeamtentums ein, es darf in der deutschen Republik nicht wie in Amerika und Frankreich zu einer Ämtergelwirtschaft kommen. Es ist leider Tatsache, daß einige Beamte es mit ihrem Eide wenig genau genommen haben. Wir müssen wieder zu altpreußischen Sitten zurückzukommen suchen. Entweder ich schwöre einen Eid und halte ihn oder ich schwöre ihn nicht. Es ist keine Gesinnungsschnüffelei, es wird sehr schonend vorgegangen. Es muß aber in dieser Hinsicht etwas geschehen. Es muß wieder dahinkommen, daß Mannesmort wieder Mannesmort ist, daß das Wort wieder Achtung bekommt, der Beamte wieder Vertrauensperson wird, der deutsche Kaufmann wieder Vertrauen im Auslande findet. Treibt man hiermit Unfug, ist unsere Stellung unter den Völkern nicht wieder herzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Koerlin: Als die deutsch-demokratische Partei gegründet wurde, sind wir in den Vordergrund getreten und weite Kreise der Bürgerschaft haben sich angeschlossen. In ruhiger die Zeiten wurden, desto mehr kamen die hervor, die zuerst im November 1918 vom Schauplatz verschwanden. Sie haben sich während der 1½ Jahre zur Seite gestellt, nicht geholfen, sondern immer nur gesagt: „So kanns nicht weiter gehen!"

Einen vernünftigen Rat man nie gehört.

Wir Demokraten brauchen unsere Beamtenpolitik sicher nicht zu verteidigen, auch für die Handwerker sind wir stets eingetreten und brauchen nicht einzeln aufzuzählen, was wir getan haben. Es ist leicht zu versprechen: Wir bauen die Zwangswirtschaft ab, aber das konnte selbst Herr Kapp nicht. Wir wollen als Demokraten alle zur Mitarbeit heranziehen und sie in den Dienst der Gesamtheit stellen. Schaffend mitzuarbeiten, das ist der Sinn der Demokratie, deshalb stehen wir ein für die nationale soziale Demokratie. (Lebhafter Beifall.)

Damit schloß um 10 Uhr die anregend verlaufene erste Wahlversammlung, die die deutsch-demokratische Partei auf ihre Haben-Seite buchen kann.

Der einzige Diskussionsredner des Abends, der sich offen zur Deutschen Volkspartei bekannte, aber ihre Grundsätze doch noch nicht richtig verdaut zu haben scheint, glaubte auch dem „Merseburger Korrespondent" einige Vorwürfe machen zu müssen. Es ist doch ein Unding, zu glauben, daß die früheren Landesväter nachdem sie hier mehrere Male mit blanker Waffe die Straßen gefuhrert hatten, je wieder in ein Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung hätten kommen können. Noch dazu unter ihrem Führer Major Held, der keinen Zusammenstoß mit der Bevölkerung nach eigenem Ausspruch scheute. Daß wir in Merseburg ohne Blutvergießen davongekommen sind ist vielleicht nur an der Besonnenheit des gestern angeeafffenen Korrespondenten, der auf einen Teil seiner staatsbürgerlichen Rechte freiwillig verzichtete, um keinen Grund zu dem sonst unvermeidlichen blutigen Zusammenstoß zu geben. Bezüglich der Auseinandersetzung Dr. Blunck—Prof Kahl verweise ich auf den letzten Parlamentsbericht. D. B.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 26. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Der Staatsrat von Thüringen hat telegrahisch für die einstimmige Annahme des Gesetzes betreffend den Staat Thüringen gedankt.

Der Geschentwurf betreffend Gewährung einer Entschädigung an derjenige Beamte und von Umzugskosten wird in allen drei Lesungen angenommen.

Zweite Beratung des

Notetats

in Verbindung mit dem mündlichen Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt betreffend die Sparprämienanleihe, dem Antrag Henke betreffend Zahlung von Lohn für die Tage des Generalstreiks, dem Antrag Agnes wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Antrag wegen Einstellung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Agnes wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes und eines allgemeinen Amnestiegesetzes.

Reichsfinanzminister Wirth:

Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufrichtung eines geschlossenen festen Steuersystems und eines Steuerrechtes. Nur die Besitzsteuer mußte nach zurückgestellt werden. Der Besitz ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Vernichtung der Hälfte unseres Ver-

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

45. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie stöhnte auf.

Wie er ausgesehen hatte in jenem Augenblick! — Sein ebelgeschnittenes Gesicht fahl und bleich! Ach, es war ihr selbst wie ein körperlicher Schmerz gewesen, ihn so vor sich zu sehen.

Und dann war seine Kälte und Ruhe, als ob nichts gewesen, zurückgekehrt. Nur in seinen Augen und in seiner Stimme verriet sich seine Qual. Wie er sie angesehen hatte! O, daß sie doch — diesen düsteren, schmerzvollen und vorwurfsvollen Blick vergessen könnte.

Aber sie wollte nicht mehr daran denken, sie wollte sich nur ins Gedächtnis zurückrufen, daß er ein Verräter war, daß er sie nur begehrt hatte des Geldes wegen.

Und deshalb war ihm ganz recht geschehen, daß sie ihn ins Gesicht geschlagen hatte. Sein Kuß war eine Schmach für sie gewesen — mit einer Schmach, die sie ihm angetan, rächte sie sich dafür. Und mit dieser ungelöschten Schmach mußte er wie ein Gezeichneter durchs Leben gehen.

„Den Schlag von Frauenhand löscht nur ein Kuß von selber Frauenlippe" — diesen Spruch hatte sie einst in einem altdeutschen Buche gelesen.

Nun — ihre Lippen würden diese Schmach nicht löschen — aber niemals!

Warum tat ihr dabei nur das Herz so weh — so furchtbar weh?

Leise regten sich wieder leisere Stimmen in ihrem Innern, die für ihn bitten wollten, die ihr zuflüsterten, seine Augen könnten nicht lügen, und seine Worte hätten so heilig und wahr geklungen, als er ihr sagte, daß er sie liebe, „wie nur ein Mann ein Weib zu lieben vermag."

Sie barg den Kopf in die Kissen und stöhnte auf in Qual und Pein.

So lag sie, eine Beute widerstreitender Empfindungen, elend zum Sterben und unzufrieden mit sich selbst.

Fred kam zuweilen und schaute mit besorgtem Gesicht zur Tür herein. Auch Mrs. Stering und Lilly erschien sie besorgtvoll an ihr Lager. Dann schloß Ellinor die Augen und stellte sich schlafend. Sie konnte nicht sprechen über das, was geschehen war.

Es durfte und würde auch kein Mensch etwas erfahren. Er würde so wenig darüber sprechen wie sie.

Aber was würde er nun tun?

Ob er je wieder nach Lentkow kam? Ob er ihr wieder gegenübertreten würde, als sei nichts geschehen? Wie würde er sich zu Fredy stellen? Was sollte sie überhaupt dem Bruder sagen über den ganzen Vorgang? Mußte sie nicht auch dem Vater beichten, daß Lindeck sie geküßt hatte?

Ach nein — daraus konnte nur furchtbares Unheil entstehen. Sie hatte sich ja selbst Genugtuung verschafft und Beleidigung mit Beleidigung vergolten.

Nun konnte er auch nicht mehr daran glauben, daß sie seinen Kuß erwidert hatte, wenn er es gemerkt hatte. Wenn er nur eine Ahnung hatte, daß sie ihn — trotz allem und zu ihrer Qual — dennoch liebte — dann hätte sie vor Scham sterben müssen.

Sie sann und grübelte, und ihre Gedanken flogen zu ihm wie scheue, wilde Vögel, die nicht Ruhe fanden.

Erst als die Dämmerung herabkam und Fred an ihrem Lager saß, vermochte sie mit ihm über ihren Unfall zu sprechen. Und nun erzählte Fred erst, mit welcher Kühnheit der Baron die Schwester gerettet hatte.

Fred preßte ihre Hände fest zwischen den seinen.

„Ach, Ellinor — nun ist es doch, als habe Baron Lindeck dich mir neu geschenkt. Wie glücklich wird er sein, daß er dich retten konnte! Du mußt einsehen, wie recht er hatte, daß vor Diana zu warnen. Du wolltest nicht auf uns hören. So leid es mir auch tut um das schöne Tier — ich bin froh, daß es tot ist. Du hättest vielleicht auch jetzt noch darauf bestanden, es zu reiten. Ich darf gar nicht daran denken, was hätte werden können. Aber an dem Steinbruch kann ich nicht mehr ohne Grauen vorübergehen. Was wird der Vater zu alledem sagen?"

Ellinor strich sich müde über die Stirn.

„Muß es Vater denn wissen, Fred?" fragte sie leise.

Der Knabe nickte energisch.

„Ja, Ellinor, wenn er erst bei uns ist — früher nicht, sonst sorgt er sich zu sehr. Aber wissen muß er, wem er das Leben seiner Tochter zu danken hat. Ich reise morgen nach Lindeck hinüber. Ich soll Baron Lindeck Bescheid, wie es dir geht. Ich habe so gar nicht gewußt, welch großen Dank wir ihm schulden. Er sprach von dem Unfall, als sei er kaum besonders beteiligt gewesen. Was für ein guter edler Mensch er ist! Gelt, Ellinor, jetzt siehst du es auch ein? Wenn du nur wüßtest, wie er dich verehrt. Leichenblaß sah er aus, als er mir deinen Unfall erzählte — so, als trüge er selbst tausend Schmerzen dabei. Ach, Ellinor, ich glaube, er hat dich furchtbar lieb."

Ellinor wandte sich plötzlich um und barg das Gesicht in den Händen.

„Ich bitte dich, Fredy, schweige! Sprich nir nicht mehr von ihm. Wenn du glaubst, daß er mich liebt, so irrst du dich sehr. Mein Geld liebt er — eine reiche Partie scheine ich ihm — das ist alles", stieß sie erregt hervor.

„Nein, o nein, Ellinor. Wie kommst du nur darauf? Du kennst ihn wahrlich schlecht. Er denkt nur an dich selbst. Er ist doch kein Mann, der einer niedrigen Denkungsart fähig ist."

Ellinor wandte sich Fred mit einer jähen Bewegung wieder zu und sah ihm mit einem so verzweifelten Blick ins Gesicht, daß er erschrak.

„Du verkennst ihn vollständig, Fredy. Ich muß dir sagen, was ich weiß, damit du mich nicht mehr mit solchen Worten quälst. Also höre — er hat sich um Gitta beworben, solange er glaubte, daß Gittas Vater Lemkow erben würde. Als das nicht geschah, hat er sich feige und falsbüllig von Gitta zurückgezogen, trotzdem sie schon heimlich verlobt waren. Er hat versucht, sich mir zu nähern, weil ich ihm vermögender scheine, als Gitta es ist. So sieht dieser Mann in Wirklichkeit aus — und nun quäle mich nicht mehr, Fredy."

„Das — das glaubst du von ihm? Deshalb also mochtest du ihn nicht leiden? Ach, Ellinor, das ist unmöglich. Ein so schlechter Mensch kann Lindeck nicht sein. Nein, das glaube ich nicht!"

Ellinor fuhr auf.

„Aber Fredy, wenn uns Gitta auch nicht sympathisch ist, eine solche Lüge dürfen wir ihr nicht zutrauen."

„O, ich traue ihr viel eher eine Lüge zu, als Baron Lindeck eine niedrige Handlungsweise, wenn ich auch lieber an einen Irrtum glauben will."

„Ein Irrtum ist ausgeschlossen. Glaube mir nur, der Baron ist so schlecht, wie ich dir sagte."

„Nein, ich kann es nicht glauben. Keinem Menschen könnte ich wieder trauen, wenn er mich so enttäuschte. Sage doch selbst, daß es dir schwer fällt, ihm so etwas zuzutrauen."

Da wurde Ellinor sehr rot.

„Ach, laß mich, Fredy. Ich bin müde und möchte nun versuchen, ob ich schlafen kann."

Zärtlich strich Fred über ihr Haar.

„Ja, Ellinor, ruhe dich aus. Und daß du es nur weißt, ich glaube an die strengste Rechtlichkeit und Ehrenhaftigkeit Baron Lindecks. Lasse mich nicht betören in meiner Dummheit, an ihm, er müßte mir deinen Kuß geraubt haben, daß er ein Schurke ist. Nun schlaf wohl, Schwesterchen. Du bist noch nicht wieder im Gleichgewicht."

*

Am andern Morgen bestand Ellinor darauf, aufzustehen.

Gegen Mittag kam Gitta von Lossow herüber, um Näheres über den Unfall zu erfahren.

Fred bat aber nicht, daß Ellinor darüber sprach, und erzählte Gitta selbst, was sie wissen wollte, und bemerkte dabei sehr wohl den gehässigen, lauernden Zug in ihrem Gesicht, als er begeistert die Heldentat Heinz Lindecks pries.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200428-18/fragment/page=0005

mögens durch den Krieg und angesichts des Umstandes, daß der Besitzende sein erworbenes Vermögen immer doch der Allgemeinheit verdankt, muß die Opferpflicht der Besitzenden ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit geschont werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich noch bauernfeindlich. Diese Stärkung der Mittelschichten ist eine soziale Tat. Leider kann der Etat erst in seinen Hauptziffern vorgelegt werden — eine Folge der Kriegswirtschaft. Wir müssen soviel produzieren, als wir brauchen, und müssen den Luxus einschränken und nach außen senken, um dafür Lebensmittel und Rohstoffe hereinzubekommen. Wir können jetzt 20 Milliarden einmal in den ordentlichen Etat mehr einstellen, als vor einem Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermehren. Die Tumultschäden machen einen sehr bedeutenden Posten aus. Ebenfalls eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Zu begrüßen ist es, daß die leitenden Staatsmänner der Entente die uns aufzuerlegenden Lasten endlich näher feststellen wollen. Post und Eisenbahn drohen mit weiteren Fehlbeträgen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbeträgen bald aufräumen, so wird der Gesamtbestand der Sozialisierung gefährdet werden. Die Finanzreform erfordert eine Rückschreibung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuergesetze müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Marksturz muß weiter gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen, soweit es soziale Monopole sind. Wir müssen die Inlandsproduktion besonders für Lebensmittel haben und die Rationierung baldigst abschaffen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen eng zusammenarbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes:

Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Bewirtschaftung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande einzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Auslande bleibt ein Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelversorgung schwierig werden wird. Ebenso wird Fleisch eingeführt werden müssen. Die Zuckererzeugung ist an einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Aber wir wollen darum berechtigte Forderungen der Landwirtschaft nicht übersehen. Die angemessenen Preise müssen ihr zugebilligt werden. Eine Indexkommission aus landwirtschaftlichen Erzeugern und Verbrauchern soll von Zeit zu Zeit die Preise kontrollieren. Die Kriegswirtschaften in meinem Ressort sollen schnellstens auch abgebaut werden. Besonders lege ich Gewicht auf das Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Zentralstellen der Länder. Meine Aufgabe ist, die genügende Ernährung unseres Volkes auf breiterer Basis als bisher sicherzustellen. Eine verninftige Produktionspolitik ist auch eine verninftige Konsumentenpolitik. (Beifall.)

Abg. Keil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt weiten Blick und starke Entschlußkraft. Die Programmrede des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. Seine Darstellung unserer Finanzlage ist nicht rosig, aber wahrhaft. Die Finanzreform ist kein Meisterwerk, aber ihre Mängel beruhen in unserem wirtschaftlichen Chaos und sind unvermeidbar.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.): Die beiden Ministerreden können erst vom neuen Reichstag in ihrer Tragweite gewürdigt werden. Den Geist der Rede des Finanzministers billigen wir. Wir hoffen, daß unserem Volke bei schnellerer Organisation ein neuer Aufstieg möglich sein wird. Im Kampf gegen alle Ausbeutung gehen wir mit der Regierung. Vor der großen neuen Anleihe warne ich. Die vielen Tausende überflüssiger Leute bei Post und Eisenbahn müssen anderweitig untergebracht werden.

Abg. Racken (Ztr.): Was die Lage der Gegenwart erfordert, müssen wir bewilligen. Wir bedürfen einer positiven Auslandspolitik. Der Abbau des alten Heeres muß schneller betrieben werden.

Reichsfinanzminister Wirth: Wir wollen versuchen, vom alten Heer bis zum 1. Oktober abzubauen, was möglich ist. Es soll dann dem neuen Reichstag genau Rechenschaft darüber abgelegt werden.

Abg. Graf v. Posadowsky (Dn.): Unser Defizit wird noch steigen, wenn sich unsere Finanzverwaltung nicht auf einen ganz anderen Standpunkt stellt. Es kann an sich im Etat noch viel mehr gespart werden.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Ausführungen des Grafen Posadowsky richten sich mit aller Schärfe gegen seine politischen Freunde, denn diese haben im Besoldungsausschuß einen Antrag eingebracht wonach

70 000 neue Beamtenstellen

geschaffen werden müßten. (Lebhaftes Hört, hört! bei der Mehrheit.) Im Reichswirtschaftsministerium beträgt das Gesamtpersonal 750 Personen einschließlich der Scheuerfrauen. (Heiterkeit.) Ich habe im Ausschuß nur die theoretische Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich wäre, das Reichsnotopfer zusammenzubrängen. Bei den Kosten der auswärtigen Gesandtschaften muß die Valuta berücksichtigt werden.

Reichsminister des Innern Koch: Die in dem Artikel der „Deutschen Zeitung" aufgestellten Behauptungen sind der Reichsregierung bekannt. Wenn es der „Deutschen Zeitung" darauf ankommt, die Untersuchung zu fördern, so ist die Veröffentlichung ein sehr schlechtes Mittel. Es handelt sich hier nicht um private Informationen der Zeitung, sondern um eine fast wörtliche Abschrift eines Geheimberichts, der dem Kommissar für die öffentliche Sicherheit vorliegt. Ich würde es bedauern, wenn die Untersuchung durch diese Veröffentlichung gestört würde. Uns geben Berichte über Putsche von links und rechts zu, an denen immer ein Körnlein Wahrheit ist. Es besteht kein Zweifel, daß in Deutschland nicht alles ruhig ist und daß es der angestrengtesten Arbeit aller verfassungstreuen Elemente bedarf, um die Ruhe in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Reichsminister Dr. Bell: Wir werden nur das dringend notwendige Personal einstellen.

Die Beratungen werden abgebrochen.

Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betreffend Abänderung der Invalidenversicherung wird dem sozialistischen Ausschuß überwiesen.

Fortsetzung der heute abgebrochenen Beratungen morgen 11 Uhr: Kleine Anfragen.

Schluß 7¼ Uhr.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 26. April.

Ein Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik ersucht die Regierung, das den Kleinkinderheilstätten gehörige Hospiz in Norderney auf Staatskosten in Stand zu setzen, damit es noch in diesem Sommer mit Kindern belegt werden kann.

Abg. Wenzl (U. S.) beantragt einen Zusatz, durch den dem Staat entsprechend den aufgewendeten Mitteln Eigentums- oder Pfandrecht an dem Kinderheim zugesprochen werden soll.

Der Ausschußantrag mit dem Zusatzantrag Wenzl wird einstimmig angenommen.

Eine Novelle zu der Hinterlegungsordnung vom 21. April 1913 geht an den Haushaltsausschuß.

Der Gesetzentwurf zur Errichtung von Ortsgerichten in Unterlederbach, Sindlingen und Zeilsheim wird endgültig angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines Staatshaushaltsplanes für 1920 in Verbindung mit einem Antrag der Mehrheitsparteien auf

schleunige Auszahlung eines Vorschusses auf die erwartete Gehaltserhöhung an die Beamten und Lehrer

und mit einem entsprechenden Antrage der Rechtsparteien.

Abg. Kimpel (Dem.): Die Gewährung des Vorschusses ist mit Rücksicht auf die durch die Verhältnisse der letzten Zeit bedingte Verzögerung in der Einbringung und Verabschiedung des Beamtenbesoldungsgesetzes erforderlich.

Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) will im Sinne des Antrages seiner Partei den Vorschuß auf 1000 ℳ festgesetzt sehen.

Abg. Meyer-Herford (D. Vpt.) fragt nach dem Schicksale der Verwaltungsreform und erhebt gegen den Gedanken Einspruch, daß Noske zum Oberpräsidenten von Hannover ausersehen werde. Den Vorschußanträgen stimmen wir zu, den Etat lehnen wir ab.

Abg. Richter-Neumünster (Soz.) weist die Angriffe gegen Noske zurück.

Finanzminister Lüdemann: Im Rahmen dieser Beratung wollen wir auf die politischen Einzelfragen nicht eingehen. Die Besoldungsreform wird noch eingehend beraten. Wir müssen jetzt noch die aus den Entschließungen der Nationalversammlung hervorgehenden Änderungen durchführen. Wir werden Ihnen die neue Besoldungsordnung noch im Laufe dieser Woche vorlegen. Vorschußleistungen habe ich bereits angeordnet. Mit der neuen Besoldungsordnung wird auch eine Neuregelung der Pensionsverhältnisse verbunden werden. Die neue Lehrerbesoldung wird in einem besonderen Gesetz gleichzeitig mit der Beamtenbesoldungsreform vorgelegt werden.

Abg. Meyer-Herford (D. Vpt.) tritt für die Forderungen der inneren Kolonisation ein, ferner für bessere Anstellungsverhältnisse der Assessoren und für die vollständige Durchführung der hauptamtlichen Kreisschulaufsicht.

Abg. Rhiel (Ztr.) tritt für Beamtenvermehrung ein, soweit sie durch die gesteigerte Arbeitszeit bedingt ist.

Der Notetat geht mit den Anträgen an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die erste Beratung des

neuen Verfassungsentwurfs für Preußen.

Minister des Innern Severing: Man hat die bürokratisch-juristische Sprache des Entwurfs bemängelt. Das ist nicht ganz unberechtigt. Aber klar sind die Begriffe gefaßt. An der Spitze steht die Bestimmung, daß Preußen eine Republik ist. Auf einen besonderen Staatspräsidenten wird verzichtet. Bewilligungen des Landtages, die über die Vorschläge der Regierung hinausgehen, sind an die Zustimmung des Finanzministers gebunden, ebenso die Einführung neuer Steuern, die Aufnahme von Anleihen und die Ausgaben, für die keine Deckung vorhanden ist.

Abg. Hauschild (Soz.): Wir werden noch manche Änderungen an dem Entwurf beantragen. Für einige wichtigere Fragen wünschen wir die Einführung der allgemeinen Volksabstimmung.

Abg. Dr. v. Knie (Dn.): Wir empfinden es mit Befremden, daß der Ministerpräsident abwesend ist. Für unsere Verfassung hätte die bayerische in mancher Beziehung vorbildlich sein können. Der Verfassungsmäßige Schematismus des Staatsgebietes hätte in die Verfassung selbst verankert werden müssen. An Stelle des Fremdwortes Republik hätte das deutsche Wort „Freistaat" treten sollen. Auch wir wünschen Volksentscheidung in wichtigen Fragen. Wir vermissen den Landespräsidenten und fordern weiter das Zweikammersystem.

Abg. Stöcker (U. S.): Wir eztreten den deutschen sozialen Einheitsstaat und würden Preußen lieber heute als morgen im Reiche aufgehen lassen. Wir fordern nach wie vor die Einführung der proletarischen Diktatur. Ferner ist die Bewaffnung der organisierten Arbeiter notwendig. (Lachen rechts.) Das Zweikammersystem verwerfen wir, ebenso wie den Finanzrat verwerfen.

Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung, vorher Schlußabstimmung über Groß-Berlin.

Schluß ¼6 Uhr.

Vermischtes.

* **Dreister Raubüberfall in Spanien.** Fünf gutgekleidete Banditenzriffen in Sevilla, wo sich zurzeit die Königin von Spanien befindet, einen Güterzug an, in der Hoffnung, die Wache des Hofzuges von dem eigentlichen Vorhaben abzulenken. Eine andere Gruppe von Räubern stürzte sich auf den Hofzug, in dem sich wertvolle Teppiche und Goldgeschirr befanden. Nach einem Feuergefecht, bei dem ein Wachtposten schwer verwundet wurde, zogen sich die Banditen zurück und entkamen in bereitgehaltenen Kraftwagen.

* **Streik der Königsberger Kassenärzte.** Die Königsberger Kassenärzte stellen, nachdem ihre Forderungen abgelehnt sind, ihre kassenärztliche Tätigkeit ein.

* **Verhaftete Essener Mörder.** Aus Bochum wird gemeldet: Die Reichswehr hat in Stiepen und Bärendorf zwei Personen verhaftet, die an dem Morde von Reichswehrsoldaten bei den Vorgängen am Wasserturm zu Essen beteiligt waren.

* **Selbstmord eines amerikanischen Generals.** Die „Hamburger Nachrichten" melden: Nach einem Telegramm aus Washington, hat der Chef der amerikanischen atlantischen Flotte, Konteradmiral Brittain, während der Ausübung seiner dienstlichen Obliegenheiten in den kubanischen Gewässern Selbstmord begangen.

* **Grubenunglück.** Aus Bochum wird berichtet: Auf der Schachtanlage X der Gewerkschaft Vereinigte Konstantin der Große in Gerthe wird der Hauptschacht weiter abgetäuft. Hierbei fiel ein Teil des Mauerwerks ab und begrub vier Arbeiter, die alle den Tod fanden. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

* **Schwerer Hagelschlag in der Mark Brandenburg.** Wie uns ein Bericht aus Landsberg an der Warthe meldet, wurde durch Hagelschlag der größte Teil der Obsternte in der Mark Brandenburg vernichtet.

* **Den Schwiegervater getötet.** Das Schwurgericht in Stolp verurteilte den Hofbesitzer Albert Raichke aus Rettkowitz (Kr. Lauenburg) wegen Mordes zum Tode. Er hatte seinen Schwiegervater wegen Familien- und Erbschaftsstreitigkeiten durch zwei Schüsse aus einer Armeepistole getötet. Als einzige Belastungszeugin trat die Ehefrau des Verurteilten auf.

Amtsblatt der Stadt Merseburg

Stück 34 — Dienstag, den 27. April — 1920

45] Auf Grund der §§ 13, 18, 69, 70 und 82 Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893, der §§ 65 und 59 des Reichs-Zuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1919 und der Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz vom 3. Juli 1913 sowie des Gemeindebeschlusses vom 25. November/1. Dezember 1919 — W 8003/19 — wird für die Stadt Merseburg nachstehende

Steuerordnung

erlassen.

Punkt 1.

Bei Steuerfällen, für welche der Reichsanteil gemäß § 1 des Gesetzes über Änderungen im Zinsumsatzen vom 3. Juli 1916 nicht mehr zur Verfügung steht, ist der Gemeindesteuerantrag von 40 % ein Zuschlag von 100 % erhoben.

Punkt 2.

Die Steuerordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Merseburg, den 1. Dezember 1919.

Der Magistrat.
gez. Hertzog, Dr. Mosebach.

V 8003/19.
(LS)

Vorstehende Steuerordnung wird genehmigt.

Merseburg, den 3. März 1920.

Namens des Bezirks-Ausschusses.
(LS) Der Vorsitzende.
B A 533. In Vertretung: gez. Dr. Loeleiner.

Zu vorstehender Geschäftsordnung spreche ich auf Grund des § 77 Absatz 3 der Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 und der mit durch Erlaß der Herren Minister des Innern und der Finanzen vom 26. Juni 1907 erteilten Ermächtigung meine Zustimmung aus.

Magdeburg, den 31. März 1920.

Der Oberpräsident.
(LS) In Vertretung: gez. Unterschrift.
O P 4703 C.

Veröffentlicht!

Merseburg, den 23. April 1920.

Der Magistrat.
V 4590/20.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 3. bis 9. Mai 1920 werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt:
¼ Pfd. Haferflocken zu 70 Pfg. auf Bezugschein Nr. 41,
½ Pfd. Kaffeeersatz zu 3,00 Mk. auf Bezugschein Nr. 42,
1 Pfd. Konserven zu 4,00 Mk. auf Bezugschein Nr. 43,
¼ Pfd. Marmelade zu 2,50 Mk. auf Bezugschein Nr. 44.

Abgabe der Bezugscheine Mittwoch, den 28. und Donnerstag, den 29. April 1920.

An den Obst- und Speisewirtschaften ist für Mittagsessen abzugeben Bezugschein Nr. 41.

Einrichtung der Forderungsnachweise wie üblich. Verkauf nächste Woche Donnerstag bis Sonnabend. Verkauf vorher verboten.

Merseburg, den 26. April 1920.

Das städtische Lebensmittelamt.
L A II 936/20.

Ausgabe der Milchkarten

für den Monat Mai 1920.

im alten Rathause in der Burgstraße 1.

Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Stammkarten für den Monat April am

Dienstag, den 27. April 1920, vorm. 8—3 Uhr
für die Kunden der Betriebsleiten Schubert, Burgstraße 16, Müller, Unterstraße 23, Kunze, Oberstraße 14, Wenzel, Sixtistraße 14,

Mittwoch, den 28. April 1920, vorm. 8—3 Uhr
für die Kunden der Verkaufsstellen Schale, Frall, Hoffmann, Metzner, Kunze, Oberbreitestraße.

Merseburg, den 26. April 1920.

Das städtische Lebensmittelamt.
L A II 935/20.

Ausgabe von Butter und Margarine

am Sonnabend, den 1. Mai 1920.

Es werden zugeteilt:
50 Gramm Butter zum Preise von 1,45 Mark,
100 Gramm Margarine zum Preise tatsächl. 50 Gramm Sonderzuteilung)
auf jede Zusatzmarke (nur mit dem Aufdruck K) 50 Gramm Butter zum Preise von 1,45 Mark.
Fettmarken mit dem Aufdruck G 50 Gramm Margarine zum Preise von 1,85 Mark.
Fettmarken mit dem roten Aufdruck „L" 50 Gramm Margarine zum Preise von 1,85 Mark.

Merseburg, den 26. April 1920.

Das städtische Lebensmittelamt.
L A II 934/20.

Ausgabe von Milch

in der Verkaufsstelle Schubert, Burgstraße 16.

Auf die roten Milchmarken für die Woche vom 25. April bis 1. Mai 1920 1 Liter kondensierte Milch zum Preise von 3,50 Mark.

Merseburg, den 26. April 1920.

Das städtische Lebensmittelamt.
L A II 938/20.

Pestalozzischule.

Die erste Elternversammlung findet am Sonntag, den 2. Mai, nachm. 4 Uhr im Zimmer 6 des Schulhauses statt.

Der Hauptlehrer.
VI 389/20.

Druck und Verlag von Th. Röbner in Merseburg.

Metallbetten,
Stahldrahtmatratz., Kinderbetten, Polster an Jedermann. Katal. frei. Eisenmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Geldschränke, Kassetten, Mauerschränke sol. stets. Preisl. umsonst. H. Alt, Steinbach, Mühlhausen 178 Th.

Sie kommen!? Die Motten!
Falkonin-Mottenpulver
ges. geschützt u. Nr. 51275.
Fabr. J. G. Raumer Nachf., Weimar,
tötet sicher Motten samt Brut. Echt in Beuteln a 50 Pf. und 1 Mark, zu haben in allen Drogerien.

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit
Kukirol. In vielen tausend bewährt. Preis Mark 2,—. In allen Drogerien erhältlich.

Kleine Anzeigen
finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Briketts
in Fuhren frei Haus in einzelnen Zentnern ab Lager liefert prompt
E. Weishahn Neumarkt. Fernr. 486.

Kohlenfuhren
werden ausgeführt
Blumenthalstraße 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200428-18/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 3,90 Mk., frei Haus 4,— Mk.; durch unsere Landboten 4,20 Mk. frei Haus; durch die Post bezogen Bestellgeld extra. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 80 Pfg., im Reklameteil 80 Pfg., für Ziffernanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 10 Uhr vormittags.
Postscheckkonto: Leipzig 39070.
:—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 88 — Mittwoch den 28. April 1920 — 46. Jahrg.

Abschied von der Nationalversammlung.

In diesen Tagen wird die Nationalversammlung ihre letzte Sitzung abhalten. Wenn auch damit noch nicht die Auflösung eintritt, sondern dem Buchstaben nach die Nationalversammlung zur Ausübung ihres Amtes bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages berechtigt bleibt, so bedeutet doch diese letzte Sitzung den großen Abschied und damit den Abschluß einer geschichtlich ungemein wichtigen Periode.

Nicht einmal das Schillersche Wort: „Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild" wird man zu Recht auf dieses Parlament anwenden können. Unzufriedenheit fast auf allen Seiten, und doch, wie es uns scheinen will, völlig zu Unrecht. Es ist ungemein leicht, einem Parlament den Vorwurf der Schwatzhaftigkeit zu machen, obwohl gerade von der Opposition, aus deren Lager ja dieser Vorwurf meistens ertönt, die längsten Reden gehalten worden sind, oft nur, es sei nur an das Betriebsrätegesetz erinnert, um Obstruktion zu üben. Wer wirklich ernsthaft sich mit der Geschichte der Nationalversammlung beschäftigt, wer einmal nachprüft, was das Parlament in der verhältnismäßig kurzen Zeit vom Februar 1919 bis zum April 1920 an Gesetzen verabschiedet hat, der wird bekennen müssen, daß eine ungeheure Arbeitslast bewältigt worden ist.

Zwei gewaltige Aufgaben waren in erster Linie zu lösen, so gewaltig, daß damals manch einer von den braven Kritikern, die heute das Parlament bespötteln, Zweifel daran hegte, ob es überhaupt gelingen würde, diese Aufgaben zu lösen. Es galt einen Frieden und es galt eine Verfassung herzustellen. Wenn der Friede, der schließlich zustande kam, kein Friede des Rechts und der Gerechtigkeit geworden ist, wenn er nicht dazu angetan ist, eine Völkerversöhnung herbeizuführen, so ist das nicht die Schuld der Nationalversammlung. Zu groß war die Übermacht des Gegners, zu stark das Rachegefühl und der Haß, zu groß auch in dem entnervten Deutschland selbst die politische Unvernunft, die die Bildung einer einheitlichen Abwehrfront verhinderte.

Um so mehr muß anerkannt werden, was die Nationalversammlung für den Wiederaufbau Deutschlands trotz der ungeheuren Erschwerungen, die in dem Friedenswerk von Versailles liegen, geleistet hat. Nur gewissenlose Hetze kann leugnen, daß auf dem Trümmerfeld, das das zusammengebrochene Deutschland darstellt, die Anfänge von Ordnung und Aufbau geschaffen sind. Wenn nicht noch mehr geschah, so ist das darauf zurückzuführen, daß gerade von den Kreisen, die heute immer wieder das Geleistete nicht anerkennen wollen, wiederholt Versuche gemacht worden sind, die Gewalt im Staate an sich zu reißen und die so Deutschland in der Entwickelung immer wieder zurückwarfen. Die Grundmauern für den Neubau Deutschlands sind errichtet. In aufopfernder Arbeit wurde die Verfassung von Weimar aufgerichtet. Es war nötig, und wie Meinecke sagt: „Der Lebenswille einer nicht sterben wollenden Nation" verlangte es, neue feste Formen des nationalen Staates zu schaffen. Die deutsche Geschichte bleibt, was sie gewesen ist, eine Geschichte der Fürsten und Völker — das Gewesene behält seine Ehre, aber der Strich ist nun einmal endgültig gemacht. Nur die eine Staatsform war möglich, die allen Schichten des Volkes politische Freiheit und politische Mitarbeit am Ganzen sichert: die demokratische Republik. So ist Deutschland ein Volksstaat geworden, nicht mehr ist die Verfassung wie einst von den Fürsten dem Volke geschenkt, sondern, wie das große Werk von Weimar beginnt: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, ... hat sich diese Verfassung gegeben."

So ist denn mit dem Werk von Weimar die Grundlage für den Wiederaufbau Deutschlands geschaffen. Oft genug galt es, Anstürmen zu trotzen. Man muß sich zurückversetzen in jene Tage, da nach den Berliner Straßenkämpfen die Wahlen stattfanden, man muß sich erinnern, wie Weimar eine Insel im Streikmeer war, und man wird erkennen, wie eng die Geschichte der Nationalversammlung mit Streiks und Aufruhr verknüpft ist. Mußte man sich am 13. Januar gegen einen Gewaltakt von links wenden, so mußte im März die Nationalversammlung bei dem Staatsstreich der Kapp und Genossen ihr Heim verlassen und nach Stuttgart übersiedeln.

Neben der großen Arbeit der Verfassung legt die Fülle der verabschiedeten Gesetze Zeugnis ab für die Arbeitskraft der Nationalversammlung. Vor allem ist es gelungen, die Finanzgebarung wieder in geordnete Wege zu leiten. Gerade die letzten Tage, die den Abschluß eines deutsch-holländischen und eines deutsch-amerikanischen Lebensmittel- und Rohstoff-Kreditabkommens brachten, haben gezeigt, daß das Deutsche Reich wieder kreditwürdig und kreditfähig geworden ist. Vielleicht kommt es im ganzen weniger auf das Paragraphenwerk für den Neubau des Reiches an, als darauf, jenen Glauben zu erwecken, daß das Aufarbeiten eines Zweck und Sinn hat. Liegt auch heute gewiß kein Anlaß vor, die Dinge allzu rosig zu sehen, so sind doch die Zeiten des schwärzesten Pessimismus überwunden.

Niemand wird leugnen, daß die Nationalversammlung nicht die Erfüllung aller Wünsche gebracht hätte. Auch in den Mehrheitsparteien ist man nicht restlos befriedigt und ist nicht gewillt, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Eine Koalitionsregierung ist nun mal eine Politik des Opfers, und so hat denn jede der Parteien Opfer bringen müssen, jede hat die Pflicht zurückstecken müssen, um das Zustandekommen der Gesetze auf einer mittleren Linie zu ermöglichen. Die Hoffnungen, die die Nationalversammlung nicht erfüllt hat, übertragen wir auf den neuen Reichstag, von dem wir hoffen, daß er hält, was die Nationalversammlung versprochen hat, von dem wir erwarten, daß er bringt: die Bewahrung vor dem Bürgerkrieg, die Überwindung des Klassenkampfes, den Wiederaufbau der Volkswirtschaft und damit der nationalen Kraft, die Erhaltung und Festigung der Reichseinheit, die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt! Die Nationalversammlung ist tot, es lebe der Reichstag.

Die Antwort der Alliertenkonferenz in San Remo: Volle Ausführung des Friedensvertrages!

Paris, 27. April. (WTB.) Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die alliierten Regierungen haben von dem Briefe des Herrn Göppert vom 20. April Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswehrministeriums enthält, ein Heer von 200000 Mann statt der im Vertrage von Versailles vorgesehenen 100000 Mann zu unterhalten. Ein Ersuchen, das mit der Notwendigkeit, die Ordnung aufrecht zu erhalten, begründet wird. Die Alliierten halten darauf, sofort zu erklären, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden kann; solange Deutschland die wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht erfüllt und zur Entwaffnung schreitet, von der der Weltfriede abhängt. Deutschland hat seine Verpflichtungen nicht erfüllt, weder hinsichtlich der Zerstörung des Kriegsmaterials noch hinsichtlich der Herabsetzung der effektiven Bestände, noch hinsichtlich der Kohlenlieferungen, noch hinsichtlich der Wiedergutmachung und der Kosten für das Besatzungsheer. Es hat weder Genugtuung gegeben noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt auf Mitglieder der alliierten Missionen verübt worden sind. Es hat auch noch nicht, wie es in dem Protokoll des Friedensvertrages vorgesehen ist, Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachung zu erfüllen, und um Vorschläge zu machen, damit der von Deutschland zu zahlende Gesamtbetrag festgesetzt werden kann, trotz dem dringenden Charakter, den die Regelung dieser Artikel im Interesse aller in Frage kommenden Parteien hat. Deutschland scheint noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen kann, wenn sie verfallen.

Die Alliierten leugnen die Schwierigkeiten, denen die deutsche Regierung gegenübersteht, nicht, und suchen ihr nicht eine allzuängstliche Interpretation des Friedensvertrages aufzuzwingen, aber sie sind einig in der Überzeugung, daß sie eine wesentliche Übertretung des Friedensvertrages von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag die Basis der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bilden muß und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, selbst wenn es notwendig sei, auch zur Besetzung eines neuen Teiles deutschen Gebietes zu schreiten, um die Ausführung des Vertrages sicherzustellen.

Die Alliierten glauben, daß die durch die Verletzung des Friedensvertrags aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung ihrer Ausführung notwendigen Maßnahmen auf leichtere Art durch einen Meinungsaustausch zwischen den Regierungschefs sichergestellt werden können, als durch Noten. Die Alliierten haben deshalb beschlossen, die Chefs der deutschen Regierung zu einer direkten Konferenz mit den Chefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die beabsichtigte Zusammenkunft die deutsche Regierung ihre Vorschläge über alle angeführten Gegenstände unterbreitet. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu diskutieren, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Aber Deutschland muß begreifen, daß die Einigkeit aller Alliierten in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages ebenso innig ist, wie sie während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der legalen Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht.

Deutschland und die Entente.

Die Verteilung der oberschlesischen Kohle.

Kattowitz, 26. April. Wie der „Telegraphen-Union" gemeldet wird, teilte General Leroud in einer Besprechung, die er mit einer führenden Persönlichkeit der oberschlesischen Industrie hatte, über die Frage der Verteilung der oberschlesischen Kohlen mit, daß die Nachricht, die vor einigen Tagen über diese Angelegenheit verbreitet wurde, nicht den Tatsachen entspricht. Die Verteilung der Kohlen erfolgt auch weiterhin wie bisher durch die dazu eingerichtete Kommission in Paris. An dieser Einteilung wird auch die interalliierte Kommission in Oppeln nichts ändern. Sie ist lediglich die ausführende Stelle, während die Verteilung selbst von Paris aus geregelt wird. Der General hat jedoch durch Verhandlungen mit der Kommission in Paris erreicht, daß Oberschlesien bevorzugt beliefert wird und bei den Lieferungen an erster Stelle rangieren soll. Für die anderen Länder ist keine bestimmte Reihenfolge vorgesehen. Die Zuweisung an Kohlen richtet sich nach dem jeweiligen Bedarf.

Eine großpolnische Verschwörung aufgedeckt.

Aus Breslau wird berichtet: Der polnische Gesandte in Wien hat vor einigen Tagen dem Wiener Vertreter des „Berliner Tageblatts" folgende Erklärung abgegeben: Wir haben niemals an einen bewaffneten Einmarsch in Oberschlesien gedacht, und ich bitte Sie, es als eine offizielle Erklärung der polnischen Regierung aufzufassen, daß sie auch heute nicht daran denkt." Die „Schlesische Volkszeitung" in Breslau ist nun heute in der Lage, zwei polnische Geheimbefehle in Faksimili zu veröffentlichen, die blitzartig die wahre Situation enthüllen und den polnischen Gesandten Lügen strafen. Die Geheimbefehle lauten im Auszug:

Komitee zum Schutze Schlesiens. Organisationsabteilung Nr. 408 20.
Am Orte, den 16. 4. 1920.

(Übersetzung.)

Streng vertraulich!

Der Sieg in Oberschlesien ist uns sicher! Tollwütig sehen das die Preußen, die Anhänger des Grundsatzes „Gewalt vor Recht", und sie versuchen mit allen Mitteln, Schlesien auch weiter in der deutschen Knechtschaft zu erhalten. Es soll ein deutscher Generalstreik gegen die Polen und gegen das polnische Volk proklamiert werden. Unsere Organisation hat die Pflicht, in diesen Tagen auf der Wacht zu sein, zum Besten unseres Vaterlandes, unseres Volkes und zur Erhaltung von Ordnung, Glück und Gesundheit unserer Frauen und Kinder. Aus diesem Anlaß befehlen wir folgendes:

1. die sofortige Mobilisation unserer gesamten militärischen Organisation, damit sie jederzeit bereit ist, nach vorheriger Vereinigung mit den Koalitionsschlesien gegen die deutsche Verschwörung zu kämpfen.
2. Falls die vorhandenen Waffenlager für alle Mitglieder unserer Organisation nicht ausreichen sollten, hat sich der betreffende Kreiskommandant sofort an die Kommission der alliierten Mächte bzw. an das Waffenkommando des betreffenden Orts zu wenden, woselbst er die nötige Anzahl von Waffen und Munition ausgehändigt erhält.
3. Die Arbeiter der Gewerkschaftsverbände und Parteien sind für unsere Zwecke dahin zu bearbeiten, daß sie ihre Mitglieder beeinflussen, an dem deutschen Generalstreik nicht teilzunehmen.
4. Falls die deutschen Unruhen einsetzen, ist es Pflicht unserer Organisation, die uns bekanntgewordenen Büros der deutschen Geheimorganisation sofort zu besetzen und sämtliches darinnen vorhandenes Material der alliierten Kommission zu übergeben.

Die Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe.

London, 27. April. (Reuter.) Die beiden modernen deutschen Schlachtschiffe „Oldenburg" und „Posen" sind als Ersatz für die in Scapa Flow versenkten Schiffe ausgeliefert worden. Sie sind am Sonnabend im Firth of Forth eingetroffen.

Einladung Deutschlands zum 25. Mai nach Spaa.

Paris, 27. April. Nach einer Meldung des „Temps-Korrespondenten" aus San Remo wird die deutsche Regierung eingeladen werden, den Reichskanzler oder einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spaa zu entsenden. Diese Zusammenkunft soll am 25. Mai stattfinden.

Der 1. Mai gesetzlicher Feiertag in Baden.

Karlsruhe, 27. April. (WTB.) Amtlich wird darauf hingewiesen, daß durch Verordnung des Staatsministeriums, der 1. Mai in Baden dauernd in die Reihe der allgemeinen Feiertage aufgenommen worden ist. Es bleiben somit auch am 1. Mai die Diensträume sämtlicher Behörden und die Schulen geschlossen.

Bankbeamtenstreik in Köln und Coblenz.

Köln, 27. April. (WTB.) Der Streik der Bankbeamten, an dem 6/5 Proz. aller Bankbeamten sich beteiligen, nimmt an Stärke zu. Die Streikenden veröffentlichen in Anschlägen die Summen, die Bankdirektoren und Aufsichtsräte an Tantiemen beziehen, und fordern die Ausständigen zur unbedingten Durchführung des Streiks auf. Arbeitswillige der Dresdener Bank wurden mit Tätlichkeiten bedroht. —

In Coblenz haben die Angestellten der Bank für Handel und Industrie, der Disconto-Gesellschaft und der Gewerbebank die Arbeit niedergelegt.

Beendigung des elsaß-lothringischen Streiks.

Saarbrücken, 27. April. (WTB.) Nachdem die in Paris unter dem Vorsitz des Arbeitsministers stattgefundenen Besprechungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern eine Grundlage für eine Verständigung gefunden hat, ist der Streik in Elsaß-Lothringen für beendigt erklärt worden. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Ende des österreichischen Angestelltenstreiks.

Wien, 27. April. (WTB.) Der Streik der industriellen Angestellten ist gestern beigelegt worden. Es wird für morgen, Mittwoch, mit der Wiederaufnahme der Arbeit gerechnet. Die Einigung erfolgte auf der Basis einer Erhöhung der Bezüge um 30—50 Prozent.

Die Neuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 27. April. (WTB.) Unter starker Beteiligung und außerordentlicher Spannung haben gestern die dänischen Wahlen stattgefunden. Das vorläufige Ergebnis ist für heute zu erwarten, während das endgültige Ergebnis erst am 14. Mai bekannt gegeben wird.

Verhandlungen des Obersten Rates mit Rußland.

Zürich, 27. April. (WTB.) Die „Neue Züricher Ztg." meldet aus San Remo: In Hinsicht auf den Beschluß, die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen, entschloß sich der Oberste Rat mit der in Kopenhagen von Grassin präsidierten Sowjetkommission, ausgenommen einige Mitglieder, darunter Litwinoff, in offizielle Verhandlungen einzutreten.

---

5. Im übrigen sind die Einzelheiten in dem Befehl vom 12. d. M. strengstens zu befolgen. Unsere Sache gelingt ganz bestimmt, da der Vizeminister des polnischen Reichs, Dąbrowski, der die Abstimmungsangele[illegible] mit der Kom-
mission [illegible]mburg getroffen hat, [illegible] die gegen die deutsch[illegible] soldaten hel-
fen [illegible]

[illegible] wirtschaftlichen Ver-
hältn[illegible] unser Ziele
ausn[illegible] em Staate zu ver-
einig[illegible] eine Verschwörung
schaf[illegible] müssen die der-
zeitig[illegible] werden, damit in
der [illegible] unseres auf uns
fällt. [illegible] machen, daß sie auf
dem [illegible] sie deren Ziele
zum [illegible] ihnen ab-
wend[illegible]

[illegible] an die alliierte
Kom[illegible] Oberschlesien unter-
breit[illegible] organisationen über-
zeug[illegible] offizielle erklären, daß
die [illegible] aber alle polnischen
Spor[illegible] werden, wenn
über[illegible] erschlesiens gelistet
werd[illegible] unserer geheimen
Waf[illegible] werden keine Beweise
dafü[illegible] ganisiert worden ist.
[illegible] nachstehende Einzel-
heit[illegible] rschlesischen Kreisen
unte[illegible] bnigshütte, Gleiwitz,
Zab[illegible] eginn der Unruhen
bekanntmachung [illegible] das Kommando des
polnischen Heeres jenseits der Grenze und erhält von demselben militärische Unterstützung. Die Pläne zur Besetzung der öffentlichen Gebäude, wie Postämter, Rathäuser usw. arbeitet das dortige Oberkommando nach den örtlichen Verhältnissen für jeden Kreis besonders aus. Pflicht ist es, für den Angriff und die Entwaffnung der Sicherheitswehr und Marinebrigade einen eingehenden und genauen Plan auszuarbeiten. Zur Durchführung unseres Umsturzes treffen dieser Tage Offiziere des polnischen Heeres und Organisatoren des Generalstabes der P. O. W. aus Warschau ein. Die Kommandanten unserer Organisationen kleiden sich bei der Mobilisation in Uniformen französischer Offiziere, damit in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, daß das oberschlesische Volk sich freiwillig zur Verteidigung seines Landes in die Reihen der Alliierten gestellt habe und mit den Deutschen nichts zu tun haben will. Sämtliche telegraphischen und telephonischen Kommunikationen mit Deutschland müssen zu gegebener Zeit sofort abgeschnitten werden. Vom heutigen Tage an gibt die Oberbefehlsstelle täglich ein Losungswort aus. Weitere Befehle geben wir nach der täglichen Lage heraus.

Im Einverständnis mit dem Generalstab der P. O. W., in Vertretung (gez.) Kostanecki. Siegel. Streng vertraulich. Zum persönlichen Gebrauch des Platzkommandanten in Beuthen, Hotel Komnitz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319200428-18/fragment/page=0007